

Millionen stärker.

Die Kommission erledigt dann den Etat für Togo in etwa 5 Minuten. Bei dem Etat für Kamerun wird von vornherein bemerkt, daß prinzipielle Auseinandersetzungen auf das nächste Jahr verschoben werden sollen. Diese prinzipiellen Auseinandersetzungen betreffen sowohl die Schutztruppengestaltung als auch die Frage der Polizeitruppe. Es werden lediglich eine Anzahl Positionen für außerordentliche Vergütung an Kolonialbeamte und Kolonialmilitärs gestrichen.

Die Kommission geht sodann zur Beratung des Etats der Kolonialverwaltung selbst über. Bei den Gehaltsforderungen des im Kolonialamt beschäftigten Personals spielt wieder die Frage der Arbeitszeit der Bureaubeamten eine Rolle. Der Staatssekretär steht auf dem Standpunkt, daß lange Arbeitszeit weder die Qualität noch die Quantität der Leistungen erhöht; aus seiner kaufmännischen Erfahrung könne er bestätigen, daß eine kurze und intensive Arbeitszeit immer die beste sei. Deshalb werden die Bureaubeamten auch nur 6½ Stunden täglich im Maximum beschäftigt. Streichungen werden nicht vorgenommen. Bei der Militärverwaltung ergibt sich die Frage, ob hier Streichungen möglich sind. Bekanntlich ist die Militärverwaltung im vergangenen Jahre zu einem kleinen Kriegsmilitärismus ausgebaut worden. Der im vergangenen Jahre noch abgeleitete Generalmajor als oberster Leiter der Militärverwaltung wird in diesem Jahre genehmigt, dagegen werden — laut Vereinbarung mit der Regierung — ein Stabsarzt und ein Hauptmann gestrichen und dafür inaktive Offiziere beschäftigt.

Obwieweilige Änderungen wird der Etat des Kolonialamtes genehmigt.

Die Kommission geht sodann zum Etat für Ostafrika über. Bei der Frage der Aufhebung der Selbstverwaltung der Kommunalverbände entspinnt sich eine längere Debatte. — Die Sitzung wird darauf abgebrochen und am Mittwoch vormittag 10 Uhr vertagt.

Aus dem Landtag.

Die nächste Sitzung des Herrenhauses, die sich mit der Gehaltsaufbesserungsvorlage für Beamte, Lehrer und Geistliche zu befassen haben wird, wird bereits Anfang März stattfinden. Nachdem die Vorlage in den Kommissionen durchgesehen, soll sie unterzüglich dem Plenum zugehen, so daß alle Diskussionen vor dem Ende des Jahres abgehandelt werden können, um die Beamten, Lehrer und Geistlichen bald in den Genuß der ihnen zugesprochenen Unterstufungen zu setzen.

Zirkus Busch.

Gestern fand die General-Verammlung des Bundes der Landwirte im Zirkus Busch in Berlin statt. Etwas Neues hat die Tagung nicht gebracht. Die Agrarier fühlen sich als die Herren der Situation und das haben sie auch reichlich merken lassen. Allerdings haben sie getan, als ob sie infolge der Volkspolitik wer weiß was für Opfer gebracht hätten. Aber wir möchten doch stark daran zweifeln, daß die Mäcker selbst das glaubt haben. Es sollte dadurch wohl den Liberalen leichter gemacht werden, noch mehr umzufallen, wie dies bisher schon geschehen ist. Natürlich haben sie auch die Gelegenheit nicht ungenutzt vorbeigehen lassen, um zu erzählen, was für tüchtige, vaterlandsliebende Männer sie seien. Besonders mit der Königs- und Kaiser- und Reichstreue wurde von den Herren gepöblt und nicht zu knapp. Man konnte deutlich merken, daß es ihre Pflicht war, sich bei Wilhelm II. anzubieten. Ein Ergebenheitstelegramm wurde abgefaßt:

„Eurer Majestät, dem Schirmherrn der deutschen Landwirtschaft, bringt die General-Verammlung des Bundes der Landwirte ihre Sublimation dar. Auf fester Grundlage der Verfassung des Reiches stehen wir in aller Treue unerschütterlich zu unserem kaiserlichen Herrn.“

Darauf erhielten sie folgende Antwort:

„Der General-Verammlung des Bundes der Landwirte spreche ich für den Sublimationsakt und den Ausdruck treuer Ergebenheit meinen warmsten Dank aus. Wilhelm I. R.“

Aber die so viel gepriesene Vaterlandsliebe und Königs- und Kaiser- und Reichstreue hat sie nicht gehindert, nach wie vor zu erklären, daß sie von ihrem Standpunkt in der Frage der Reichsfinanzreform auch nicht um einen Fuß breit zurückweichen wollen, daß sie also nicht gewillt sind, die Lasten für das angeblich so sehr geliebte Vaterland mitzutragen. Es wurde einstimmig folgende Resolution angenommen:

„Die General-Verammlung des Bundes der Landwirte erklärt eine ausreichende Finanzreform für eine nationale Notwendigkeit.“

Die deutsche Landwirtschaft wird sich an ihrer Durchführung willig beteiligen. Trotz ihrer derzeitigen steuerlichen Überlastung mit Staats- und Provinzial-, Kreis- und Gemeindesteuern, die einen sehr viel größeren Teil ihres Einkommens in Anspruch nehmen als die Steuern in den Großstädten, ist sie bereit, weitere notwendige Lasten zu tragen zur Stärkung des Reiches, zur Befreiung seiner Schuldenlast, zur Hebung seines Kredit und seines Ansehens.

Die General-Verammlung erwartet, daß dabei, entsprechend den steuerpolitischen Grundrissen der Reichsreform, der Ausbau der direkten Besteuerung der Einzelstaaten überlassen bleibt, daß das Reich aber seine indirekte Besteuerung weiter entwickelt und den etwa nicht gedeckten Teil seiner Ausgaben von den Einzelstaaten lediglich in der Form anteiliger Leistungen nach dem Maßstabe der Matrizenbeiträge einfordert.

Inbesondere vertritt sie mit aller Entschiedenheit die vorgeschlagene Nachschuß- und Erbchaftsteuer und das Erbrecht des Staates aus Gründen der Wahrheit, des Eigentumsbegriffs, der Erhaltung des gesamten Mittelstandes und der Pflege des Familienfortschritts.

Der Konflikt auf dem Balkan

Ist immer noch nicht beigelegt. Zurzeit brodeln es sogar in diesem Herdennest wieder stärker, so daß Uueingeweihte Angst vor einer bevorstehenden Explosion bekommen könnten. Aber in Wirklichkeit hat es keine Gefahr. Türkei und Österreich sind mit ihrem Uuebereinkommen fertig, trotz aller großen Worte, welche dieses vorher fast unmöglich erscheinen ließen. Diese großen Worte sollten ja nur dazu dienen, die Bedingungen bei dem Verbandshandel möglichst vorteilhaft zu gestalten. Genau ebenso gehalten sich die Unterhandlungen der Türkei mit Bulgarien. Zwar will Russland, welches bei den Verhandlungen der Türkei mit Österreich von England vollständig ausmanövriert worden war, dabei sich wieder wichtig machen, doch ist schon jetzt zu bemerken, daß die überlegene englische Staatskunst es wieder aus allen Positionen herausgedrängt hat. Weber das Anerbieten, die türkische Kriegsschiffadmission zum Ausgleich herauszugeben, noch die Anerkennung Ferdinands als König von Bulgarien haben etwas gebracht. Nun wird ja ein ziemlich dicker Darm erhoben wegen der türkischen Kriegsgefahr. Auch dahinter steht Russland. Aber selbst Russland hat das Gefühl, daß es sich zu ara kompromittiert, wenn es sich mit dem kleinen Großmacht von Serbien zusammentut. Daß Österreich und Bulgarien mit der Türkei einig geworden sind, ist die sichere Gewähr dafür, daß zurzeit überhaupt keine Stimmung für einen internationalen Krieg vorhanden ist. Und über die Frage, auf welche Weise der serbische Kronprinz die ihm so nötige Reinigung am besten erhält, wird es gewiß nicht zum Weltkrieg kommen.

Kommunales.

Gemeindepolitik in kleinen Orten. Man hört oftmals die Ansicht, die programmatische Betätigung auf dem Gebiete der Gemeindeverwaltung sei in kleinen Orten wenig lohnend oder gar unmöglich. Gemeindepolitik ist eine Angelegenheit für Großstädte oder höchstens für Mittelstädte, jedenfalls nur für Orte, die über genügend Geldmittel verfügen, um an den Fortschritten der modernen Technik teilnehmen zu können. Auf dem Lande und selbst in den kleinen Städten sei so gut wie gar nichts zu machen. Nichts ist falscher als diese Ansicht. Freilich ist unbestreitbar,

daß man Elektrizitätswerke mit Millionenaufwand nicht für Landstädte bauen kann, unbestreitbar auch, daß ein Bauernhof in der Regel keine systematische Kanalisation nötig hat. Aber in diesen Dingen erschöpft sich doch nicht die Gemeindeverwaltung! Wenn auch die Art der Aufgaben verschieden ist, die in kleinen Orten auf der einen Seite, in großen Städten auf der anderen Seite zu lösen sind, so bleibt doch der Grundgedanke un'erer Beteiligung an den Gemeindegewinnen und an der Gemeindeverwaltung, nämlich das Bestreben, die Hilfsmittel der Gemeinden in den Dienst der Gesamtheit zu stellen, unverändert der gleiche. Um diesen Grundgedanken durchzuführen, muß man in kleinen Orten oft mehr Kraft, Geschicklichkeit, Fähigkeit und Durchsichtigkeit entwickeln als in großen Städten. Enge Mauern, enge Sinne! Nirgends herrscht der brutale Egoismus unbestimmter als in solchen Orten, in denen die Bestrebenden von jeder Gemüht waren, als die Herren aufzutreten. Man nehme nur z. B. die Ausgestaltung der Armenpflege auf dem Lande: Das Los aller arbeitsunfähiger gewordenen Proletarier, die auf die Gnade einer rüchständigen Bauernschaft angewiesen sind, ist das furchtbarste, das die Phantasie zu erfinden vermag. Immer wieder mischen sich die Tageszeitungen von Fällen vollkommener Verwahrlosung arbeitsunfähiger Armer in dörflichen Armenhäusern. Hier Wandel zu schaffen ist eine der vornehmsten Aufgaben, die sich ein sozialdemokratischer Gemeindevorteiler setzen kann.

Genau ebenso verhält es sich auf dem Gebiete des Schulwesens. Die Ansprüche, die unser Volk an die Volksschulen zu stellen berechtigt und verpflichtet ist, müssen in erster Linie durch die Arbeitervertreter in den Gemeindeparlamenten verfochten werden. Auch dabei gilt es zahllose Widerstände zu überwinden. Neben Verbesserungsvorschlägen tritt man mit dem Hinweis auf mangelnde Mittel entgegen. Allerdings erfreuen sich die meisten kleineren Gemeinden einer günstigen Finanzlage; so schlimm, wie viele bürgerliche Gemeindevorteiler es hinzuwinken ließen, steht es aber in der Regel doch nicht. In sehr vielen Fällen würde eine bessere Verteilung der Ausgaben schon von größtem Nutzen sein. Also kommt alles darauf an, einen ordentlichen und durchsichtigen Gemeindegeldhaushalt aufzustellen.

Der Gemeindegeldhaushalt ist das Rückgrat der Gemeindeverwaltung. Wie viele kleine Gemeindegewinnungen haben aber eine einwandfreie Finanzverwaltung? Wir können eine Menge von Beispielen anführen, die zeigen, daß es auch heute noch Bürgermeister gibt, deren ganze Buchführung sich in einem einzigen kleinen Notizbuch zusammenfand; aus den Kränzen und Stierglocken, die auf kleinen zerhackten und beschmutzten Blättern stehen, kann weder der Gemeindevorstand selbst noch irgend jemand anders ein Bild von dem Vermögen und den Schulden, von den Verpflichtungen und der Leistungsfähigkeit der Gemeinde gewinnen. Da heißt es zugreifen. Ordnung schaffen, durch eine nachhaltige und den Dingen auf den Grund gehende Kritik, auch das Interesse weiterer Kreise an einer ordnungsmäßigen Führung der Gemeindegeldhaushalts wachrufen. Die Gemeindeglieder müssen meistens auch erst in den Grundgedanken einer rationellen Gemeindeverwaltung geschult und für deren Bedeutung und Vorteile geschult werden. Noch viel zu oft trifft man auf die Meinung, unter allen Umständen sei die billige Gemeindevverwaltung auch die beste Sparmaßnahme in allen Ehren, aber allgemeine Geltung hat dieser Satz nicht zu beanspruchen. Wenn eine Gemeinde etwas leisten soll, dann muß sie auch was aufwenden. Nichts ist törichter, als dann, auf die notwendigen Verbesserungen gedrängt haben, nachher aus einer Steigerung der Ausgabenlast einen Vorwurf zu machen. In Sachsen haben wir, um bestimmte Fälle zu erwähnen, wiederholt Fälle erlebt, daß Arbeiter zwar sehr erfreut waren, des Ganges einer ordentlichen Wasserwerkverteilung teilhaftig zu werden, nachher aber die fortwährende Erhöhung der Wasserpreise bei den Wahlen erbarmungslos abgaben, weil die Wasserleitung natürlich auch — bezahlt werden mußte. Darum ist eine sorgfältige Aufklärung der Bevölkerung fortgesetzt zu betreiben; die Gemeindevorteiler müssen sich durch eigenes Studium über die Vorgänge in anderen Orten auf dem Lande kennen halten, müssen Vergleiche zu ziehen lernen und sich das größte ihnen überhaupt erreichbare Maß von Kenntnissen aneignen.

Das Amt eines Gemeindevorteilers erfordert aber nicht nur Kenntnisse und Liebe zur Sache, sondern in ebenso hohem Maße auch Takt. Ein altes Sprichwort sagt: „Die Schreier gehören aus's Rathaus.“ Wörtlich darf man diesen Spruch nicht nehmen! Mit blohem Schreien, mit einer heftigen, vielleicht sogar beleidigenden Sprache ist es in der Gemeindegemeinschaft nicht getan; man soll gewiß immer die Dinge beim rechten Namen nennen, nichts verschweigen und nichts beschönigen; aber der gesunde Menschenverstand muß vor sinnlosen Uuebertreibungen und vor kleinlicher Nörgerei einen Gemeindevorteiler in gleicher Weise bewahren. Wenn diese Linie sicher eingehalten wird, dann steigert sich der Einfluß auch einer Minderheit bald so stark, daß man ihre Hand in allen Geschäften der Gemeinde verpürt. Und so kommen wir auch am besten unserem Ziele nahe, nämlich dem Ausbau der Gemeinde nach den Grundgedanken, wie sie in unserem kommunalen Programm dargelegt worden sind.

(Kommunale Praxis.)

Eine Arbeitslosen-Zählung wurde am Freitag von der Stuttgarter Gemeindevverwaltung für den Stadtbezirk Stuttgart veranstaltet. Weiter erfolgte die Zahlung nach dem System der Zahlung mittels Meldekarten, die von den Arbeitslosen selbst auszufüllen und abzugeben sind, wobei aber niemals ein vollständiges Resultat erzielt werden kann. Die Zahlung selbst ergab im Vergleich der vorhergegangenen Zahlung vom November 1908 folgendes Resultat:

am am am
19. 2. 1909 27. 11. 1908 19. 2. 1909

gänzlich arbeitslos 889 968 — 79

nur noch bei verkürzter Arbeitszeit Verdienst findend 625 472 + 153

Ein Vergleich mit den Berichten des Arbeitsamtes, der Krankenkassen und der Gewerkschaften, hinter deren Ergebnissen diese Ziffern weit zurückbleiben, lehrt, daß diese Art der Zahlung nicht geeignet ist, ein wirklich getreues Bild vom tatsächlichen Umfang der vorhandenen Arbeitslosigkeit zu geben.

Verweigerte Beschäftigung. Der zum Bürgermeister von Jechterhausen gewählte Parteigenosse Ehrhardt ist von der Regierung nicht bestätigt worden.

Bei den letzten Kommunalwahlen in Offenbach hatte der nationalliberale Durchfallskandidat für den heftigen Landtag, Stadtverordneter Böhm, den sozialdemokratischen Stadtverordneten Falke und Stadtmüller nachgefolgt, sie benutzten ihr Stadtverordnetenmandat zur persönlichen Bereicherung. Das Schöffengericht sprach den Beleidigten frei. Vor der Berufungsinstanz in Darmstadt kam ein Vergleich zustande, in dem der Angeklagte Böhm ausdrücklich erklärte, die beiden Kläger hätten sich nichts Ehrenrühriges zuschulden kommen lassen.

Aus der Stadt und Nachbarschaft.

* Viefelfeld, 23. Februar.

— Achtung, Filialexpedienten! Die Filialexpedienten, welche die Zeitungen durch die Post überwiegen bekommen, werden daran erinnert, daß sie bis zum 25. angeben müssen, wieviel Zeitungen sie für März gebrauchen.

— Wie die „Westfälische“ Politik macht. Ueber die Arbeiten der Subkommission, der von der Steuerkommission des Reichstages die Aufgabe zugewiesen war, eine Verständigung in der Frage der direkten Steuern anzubahnen, wußte die „Westfälische“ am Sonnabend zu berichten:

Der Unterausschuß der Steuerkommission, der eine Verständigung über die Besteuerung des Viehes herbeiführen sollte, hat seine Beratungen beendet, ohne sein Ziel erreicht zu haben.

Am Montag schrieb sie aber, ohne mit einer Silbe auf ihre unrichtige Meldung am Sonnabend einzugehen:

Der Unterausschuß der Steuerkommission des Reichstages hat einen Weg für die Verständigung gefunden.

In ihrer Sitzung vom Freitag hat die Subkommission über den Vermittlungsvorschlag Camp-Weber Beschluß gefaßt. nach dieser Beschlußfassung ist eine weitere Sitzung nicht abgehalten worden, was ja auch die „Westfälische“ ausdrücklich bekannt gibt durch die in der ersten Notiz enthaltene Bemerkung, daß der Unterausschuß seine Arbeiten beendet habe. Und trotzdem berichtet das unterrichtete (!) und sorgfältig redigierte (!) Blatt am Montag das Gegenteil von dem, was sie am Sonnabend ihren Lesern aufgestellt hatte. Das nennt sich dann zuverlässige Berichterstattung, und die „Westfälische“ tut sich immer noch eins darauf an, das Blatt des Viefelfelder Bürgerturns zu sein. Armes Bürgerturn, das sich so behandeln lassen muß. Ein etwas längeres Gedärm könnten die guten Bürger vor ihrem Kleintertop doch wohl verlangen.

— Metallarbeiter-Verband. Eine zweite Vorforsstellung für unsere Mitglieder mit Ludwig Thoma's „Moral“ findet am Sonntag, 28. März, nachmittags 3 Uhr, im Stadttheater statt. Karten zum Preise von 60 Pfg. können vom Donnerstag abends ab im Bureau, Marktstraße 8, in Empfang genommen werden.

— In den Differenzen bei der Firma Kahr & Kramer teilen wir mit, daß dieselben gestern durch Vergleichsverhandlungen erledigt sind. Die Firma erklärt sich, wie schon früher, bereit, die alten Affordäre weiterzugeben, während die Arbeiter auf die Einstellung des betreffenden Arbeiters, der sich, wie sich herausstellte, verschiedener Verletzungen schuldig machte, verzichteten. Nachdem nun zur Friedlichkeit beider Teile die Gelegenheit geregelt ist, liegt für uns keine Veranlassung mehr vor, auf die in gestriger Nummer enthaltene Berichtigung einzugehen.

Deutscher Metallarbeiter-Verband.
Verwaltungsstelle Viefelfeld und Umgebung.

— Ravensberger Spinnerei. In der Sitzung des Aufsichtsrats der Gesellschaft vom Sonnabend wurde, wie wir dem „Generalanzeiger“ entnehmen, beschloffen, nach auf den 27. März abzuwartenden Generalversammlung nach 180 000 Mark Abschreibung, nach Einlage von 2 Prozent in den Spezial-Fonds und nach Dotierung des Unterhaltungsfonds mit 45 000 Mark eine Dividende von 1 1/2 Prozent = rund 80 Mark pro Aktie für das Jahr 1908 vorzuschlagen.

— Stadttheater. Aus dem Theaterbureau wird uns geschrieben: Heute wird „Die Tür ins Freie“ zum letzten Male gegeben. Das von früheren Gastspielern her bestens bekannte Elite-Ballett-Ensemble „Excelsior“ wird morgen mit einem besonders ausgewählten Programm vor das hiesige Publikum treten; es kann nur dies einmalige Gastspiel stattfinden. Dazu kommt „Der Kammerlanger“ und „Abschied vom Regiment“ zur Aufführung. In Vorbereitung: „Moral“, tägliches Repertoirestück des Kleinen Theaters in Berlin.

— Anführerklarten dürfen bekanntlich auch auf der vorderen Seite mit Mitteln, Gruben usw. beschrieben werden, was auf gewöhnlichen Postkarten nicht zulässig ist. Doch darf hierzu nur die durch einen Strich begrenzte linke Hälfte der Anführerklarte benutzt werden, während die rechte Seite, die für die Adresse bestimmt ist, unbedingt von jedem Text freibleiben muß. Hier darf nur die Adresse, sowie Name und Wohnung des Absenders angegeben sein. Kommt man auch nur mit einem einzigen Worte des Inhalts der Mitteln, die man dem Adressaten zu kommen lassen will, auf die rechte Seite, so wird die Sendung von der Post nicht als Postkarte, sondern als Brief angesehen und muß mit 10 Pfg. frankiert werden, weil eben bei einer Postkarte eine Benützung des rechten Teils der vorderen Seite zum Text nicht gestattet ist. Ist trotzdem die Karte nur mit einer 5 Pfennig Marke versehen, so muß der Empfänger Strafpunkte zahlen.

— Ein Kitt, der sich in allen Fällen bewährt, in denen es sich um nachdrücklichen Aufschluß und dauernde Befestigung, um ungeschädliche Einwirkung von Oelen und Säuren handelt, wird aus Bleiglatte und Glycerin hergestellt. Erstere möglichst feinpulverig und das Glycerin sehr konzentriert, jeapoid und wasserhell sein. Die Herstellung dieses Kittes ist sehr einfach: die Bleiglatte und das Glycerin werden gut miteinander gemischt, so daß ein weicher, sähliger Brei entsteht. Mit diesem Kitt kann man z. B. die Röhren der Petroleumlampen, so dauernd einrichten, daß man die Trennung der Röhrenstelle nur durch Auswechseln herbeiführen kann. Auch zum Verkleben der Gläser in Aquarien ist dieser Kitt ganz besonders geeignet, und da er höhere Temperaturen zu ertragen vermag, eignet er sich auch zum Kleben von der Erde ausgelegten Metallen. Der Kitt ist immer nur für den Bedarfsfall herzustellen; da er in verhältnismäßig kurzer Zeit erstarrt, kann er nicht in größeren Mengen vorrätig gehalten werden. Mit bestem Erfolge läßt sich dieser Kitt auch zum Einritzen von Werkzeugen, Gabeln, Messern und dergleichen in die Holzstämme verwenden; sie findet mehr eine Foderung statt. Die Verwendung des Kittes geschieht gerade so wie bei Gips; die sählige Kittmasse läßt man in den betreffenden Hohlraum einfließen oder streicht sie mit irgend einem Instrument ein und führt dann den eingutrockneten Kitt ein. Da der Kitt jetzt noch ganz weich ist, kann der verdrängte Uueberflüss leicht entfernt und die etwa verunreinigte Stelle bequem gewaschen.

Verammlungen.

Bünde (Keldmar). Soz. Verein. Mittwoch, 24. Febr., abends 7½ Uhr: Verammlung.

Sozialdemokratischer Verein für den Wahlkreis Herford-Dalle.

Die Generalversammlung am Sonntag war durch 69 Delegierte aus 19 Orten besucht. Von der „Vollmacht“ war Genosse Fleeth anwesend. Die vom Kassierer gegebene Abrechnung ergibt folgendes Bild:

Einnahmen:

Kassenbestand vom vorigen Halbjahre 83.-
261 Auinahmen a 30 Pfg. 78.30
4460 Beitragsmarken a 20 Pfg. 892.-
216 Beitragsmarken a 10 Pfg. 21.60
4 Mitgliedsbiller a 20 Pfg. —.80

Sonstige Einnahmen:

a) der Ortsgruppen 539.61
b) der Hauptasse 69.25

Summa: 1684.56

Ausgaben:

5 Prozent der Einnahme — mit Ausnahme des Kassenbestandes 81.29
Agitation durch die Ortsgruppen 71.13
Agitation durch den Kreisverband 190.64
Delegationskosten zur Generalversammlung 41.15
Delegationskosten zum Parteitag für das östliche Westfalen 98.10

Sonstige Ausgaben:

a) Ortsgruppen 305.21
b) Kreisverband 76.73
c) Aufschuß an die Ortsgruppe Herford 38.21
Kassenbestand 142.10

Summa: 1684.56

Mitglieder am 1. Januar 1909, 971
Mitglieder am 1. Juli 1908, 788

Summe 188

Aus dem Bericht des Vorstandes geht hervor, daß die Kreisorganisation in der Berichtszeit gute Fortschritte gemacht hat. In Sundern, Böhne, Möllbergen und Stadlow wurden Ortsgruppen gegründet, so daß jetzt im Kreise 19 Ortsgruppen bestehen. Untere Partei hat in 8 Orten 12 Gemeindevorteiler. Hierbei ist zu bemerken, daß die Genossen der Orte, wo Kommunalwahlen stattfinden, der „Vollmacht“ von dem Re-

stalt Kenntnis zu geben hat.

1. Januar 1909 im Kreise 16

den Bestand am 1. Juli 1908

Für Erweiterung der Bib-

und wird zurzeit von Genossen

gekauft Literatur eingeholt.

Einnahme: Briefe 26,

Ausgabe: Briefe 31,

Es ist notwendig, daß die

gruppen jedes Vierteljahr an

viel Besprechungen und Ver-

damit das Agitationskomitee

falls gewissend, unterrichtet

Genosse Soliman die

Vortrag über „Bildungsaus-

welcher von den Anwesenden

nommen wurde. Auf Anreg-

die Ortsgruppen zu dem 8.

in ihren Verammlungen un-

zahlte Beitrag beizubehalten

lung des Kreises wird sich

Nach einem kurzen Schlu-

Generalversammlung mit ein

Sozialdemokratie geschlossen.

Ar die gesamte Tabak

Am Anschluß an den in A-

gehaltenen Kongreß der Tabak-

in der letzten Nummer des

die gesamte Arbeiterkraft De-

Kampfe Hilfe zu leisten. Di-

Protest gegen die sich an-

wenden, herauszugeben, we-

bereits zur Unterstützung aus-

stamten Tabakarbeiterkraft

Ausgaben und Verab-

bei dem Einfahren in

ganze Hilfe leisten wird

arbeiters ist es seine ganze

der gesamten Bevölkerung

haben alle Ursache, da es

Erstgen handelt, dafür Sorg-

haltiger wird, damit auch

abgeordnet und der Reichs-

Reiche über ein Steuerprojek-

dem Untergange preisgibt.

Kollegen und Kolleginnen

keine volle Pflicht tun.

Die Zentralkommission

J. A. W. B. O. e.

* Schilke, 22. Febr.

„Deutsche Eiche“ feier-

gewohnter Weise am 4. Juli

Der Verein wird auch diese

Teilnehmern des Festes ge-

* Seep, 22. Febr. O

Freund unseres Blattes

Sonnabend abends in 4. Al-

mutte, fuhr auch ein Sol-

Wagen. Als der Schaffner

auf, das Coupé zu verlassen

doch an're sitzen, und ber-

dat paßt doch nicht unter

es aber begreiflicherweise

während der Fahrt allein

Schaffner aber gab an: W-

bin verließ der Soldat das

* Herford, 22. Febr.

Jammlung findet mo-

Theaterhalle des Bürger-

Stadtverordneten sind da-

* Bloth, 22. Febr.

Verammlungen des Soz.

schlossen, am Sonntag, 7.

Verein zu veranstalten. 7

fünf Bezirke eingeteilt

stimmt, welche die der Au-

bei den in Frage komme

Möge ihre Bemühungen i-

für Bloth. In der Ver-

tenor Hoffmann-Viefelfeld

bisherigen Bibliotheksz-

bündert war, wurde ein

nunmehr in jeder Ver-

kommen.

* Bloth, 22. Febr. In

Sitzung wurde folgende

betz. die Aufstellung

Bloth wurde zur Kenn-

wurde das Gastgelaß

Kinden aus Baldorf auf

um zirka 90 Kinder hand-

Schulzeit insgesamt zirka

des Landgerichts Viefelfeld

bruchbücherei Meyer in

die Kalandage an d-

verlangt, es sind ihm zur

nam wurde Lehrer Schul-

Dammmeister gewährt. D-

gehörigen „Amtshausber-

seim Nachvertrage zu

einzugehen und zwar zur

hiermit einverstanden

nens beim Rathause von

Kaufmann Rüdenberg d-

berg u. Genossen und

ersterer Anschlag an das

der Wassertrage; bei-

überwiegen. Schließlich

neuen Lehrertele-

neuen technischen Lehr-

Tagessordnung. An St-

Lehrerin wird 1. Oktob-

traft wird vom 1. April

selbe wird sowohl den

erteilen und später, w-

Hauskalt-Unterricht a-

wurde dann noch die

führenden Bibliotheks-

proben. Bevor man

gehen wird, will man

gemäß für Abschlüsse

* Schilmar, 21. Febr.

Bildervortrag an d-

och befaßt. In d-

re
bei
en
ge-
ge-
auf
ne
em
oes
mit
der
de-
oen
ach
nen
der
ge-
rdh
sch
us-
wie
hen
nter
ge-
In
er-
nge-
stete
gen;
dem
aben
erte
die
war
ngate
die
be-
in
rüd-
aufste
ende
der
onen
ereits
ngen.
für
lb.

daß sie Unruhe empfand

Beilage zur Volkswacht.

Nr. 45.

Bielefeld, Dienstag, 23. Februar 1909.

20. Jahrg.

Preussischer Landtag.

Abgeordnetenhaus.

36. Sitzung vom Sonnabend, 20. Febr., vorm. 11 Uhr.

Am Ministertisch: Febr. v. Rheinbaben.
Die zweite Beratung der Steuergesetze wird fortgesetzt.
Abg. Herold (Str.): Wir haben der Heranziehung der Einkommen von 1200 Mark ab zu den Zuschlägen zugestimmt, weil unser Antrag auf erhebliche Ausdehnung des Kinderprivilegs angenommen wurde. Auch ist erreicht worden, daß die Zuschläge keinen Einfluß auf das Wahlrecht haben. Redner befragt das weitere den Zentrumsantrag auf Besteuerung des ländlichen Grundbesitzes nach dem Ertragswert. Die Nachzahlung für 1908 wäre eine zu hohe Anforderung an die Steuerzahler. So schlecht sind auch unsere Verhältnisse nicht, daß wir auf die dadurch einzubringenden 30 Millionen nicht verzichten könnten. Dem sozialdemokratischen Antrag zum § 23 stimmen wir zu. Auf die Reichsfinanzreform will ich nicht eingehen. Eine Nachschärfung wollen wir jedenfalls nicht, ebenso wenig eine Ausdehnung des Erbschafts auf die Deszendenten und Ehegatten. Wir werden aber eben so hier im Abgeordnetenhaus fleißig mitarbeiten, daß auch im Reich die Finanzverhältnisse gebessert werden.

Finanzminister v. Rheinbaben: Gegen den Antrag, den die Kommission angenommen hat, den Ertragswert bei landwirtschaftlichen Grundstücken für die Ergänzungsteuer zugrunde zu legen, will ich loyalerweise mit Rücksicht auf das Kompromiß seinen Widerspruch erheben. Die Kommission hat beschlossen, die Steuer zu berechnen nach dem Ertragswert, den das Grundstück gewährt kann. Herr Herold hat aber nun für die dritte Lesung einen Antrag in Aussicht gestellt, wonach der Ertragswert zugrunde gelegt werden kann, den das Grundstück „gewährt“. Dagegen muß ich entschieden protestieren. Es kommt auf den Ertragswert an, der bei ordnungsmäßiger Wirtschaft gewährt werden kann. (Sehr wahr! links.) Entschiedensten Widerspruch muß ich auch erheben gegen den weiteren in Aussicht gestellten Antrag des Vorredners, daß noch ein „angemessenes Arbeitsvermögen des Bewirtschaftenden“ abgezogen werden soll. Dadurch würde ein Vorrecht für die Landwirtschaft geschaffen, insbesondere für den Großgrundbesitz, dem ich bei allem Interesse für die Landwirtschaft nicht zustimmen kann. (Bravo! links.) Mit der Annahme eines solchen Antrages würde die ganze Deduktionsfrage und damit die Verabschiedung der ganzen Beamtenbesoldungsgesetze in Zweifel gestellt werden. Wenn wir für die Landwirtschaft eine solche Ausnahme beschließen wollten, würde morgen das Handwerk und der städtische Besitz mit denselben Ansprüchen kommen. (Zuruf links: Mit mehr Recht!) Ich kann also nur dringend bitten, von solchen Anträgen abzusehen. (Lebhafter Beifall links.)
Damit schließt die allgemeine Debatte.
In der Spezialberatung werden die ersten Paragraphen des Einkommensteuergesetzes nach den Beschlüssen der Kommission angenommen.

§ 18 & 20a hat die Kommission folgende Einschaltung beschlossen:

Die in den §§ 19 und 20 (Kinderprivileg) gewährten Ermäßigungen bleiben außer Betracht bei Berechnung der zu entrichtenden Steuerbeträge für Wahlbezirke. (Gesetz betreffend Verringerung des Wahlverfahrens 1893 und Gesetz betreffend die Bildung der Wahlkreise bei den Gemeindevahlen vom 30. Juni 1900.)
Die Abg. Borgmann (Soz.) und Genossen beantragen, die eingeklammerten Worte zu streichen.

Abg. Graf v. Groeben (Konf.): Wir lehnen den Antrag als zu weitgehend ab. Wir wollen, daß nur bei den Wahlen nach dem Dreiklassenwahlrecht das Kinderprivileg ohne Einfluß bleiben soll.

Abg. Febr. v. Jellisch (Freis.) hält den Antrag Borgmann für überflüssig, weil die Kommission nichts anderes wollte.

Abg. Hirsch (Soz.): Daß die Annahme unseres Antrages nicht überflüssig ist, ergibt sich schon daraus, daß Graf Groeben anderer Meinung über die Tragweite der Kommissionsbeschlüsse ist, als Freiherr v. Jellisch. Es ist also durchaus notwendig, in dieser Frage Klarheit zu schaffen, und das will unser Antrag. Wir wollen, daß nicht nur bei den Wahlen nach dem Dreiklassenwahlrecht, sondern auch dort, wo ein anderes Wahlrecht besteht, das Kinderprivileg ohne Einfluß sein soll.

In Schleswig-Holstein würden unter Umständen Zensiten, denen infolge einer hohen Kinderzahl die Steuer herabgesetzt ist, dadurch ihr Wahlrecht verlieren, wenn wir nicht die Berücksichtigung dieser Herabsetzung der Steuer bei den Wahlen ausschließen. Wenn sich nicht die übrigen Parteien der Auffassung des Freiherrn v. Jellisch anschließen, muß ich Sie bitten, unsern Antrag zuzustimmen, damit der wirkliche Wille der Kommission zum Ausdruck kommt. (Bravo! bei den Soz.)
Abg. Reil (natl.): Wir halten den Antrag der Sozialdemokraten für begründet, stellen aber fest, daß bei seiner Annahme der behauptete plutokratische Charakter des Wahlrechts erheblich herabgemindert wird.

Ein Regierungskommissar legt die Konsequenzen des Kommissionsbeschlusses dar. Seine Ausführungen bleiben auf der Tribüne unverstanden.

Abg. Herold (Str.): Die Ansicht der Kommission war es in der Tat, daß durch ein Kinderprivileg das Wahlrecht in keiner Weise beeinträchtigt werden sollte, auch nicht bei der Zensuswahl. Im anderen Fall würde das Kinderprivileg zu einem privilegiatum odiosum. Wir werden daher, um Klarheit zu schaffen, für den Antrag Borgmann stimmen. (Bravo! links.)

Finanzminister Febr. v. Rheinbaben bittet, es einstweilen bei dem Kommissionsbeschlusse zu belassen und bis zur dritten Lesung nähere Aufklärung über die Tragweite des Beschlusses abzuwarten.

Abg. Gysling (fr. Vp.) hält das nicht für notwendig, sondern stimmt dem Antrag Borgmann zu.

Der Antrag Borgmann wird hierauf gegen die Stimmen der konservativen Partei angenommen. Beim § 23 wird der Antrag Borgmann, die Verpflichtung der Arbeitgeber zur Angabe des Einkommens ihrer Arbeiter zu beseitigen, mit den Stimmen der Rechten und der Nationalliberalen abgelehnt.

Im übrigen wird das Gesetz nach den Beschlüssen der Kommission angenommen.

Hierauf wird die Gesellschaftsteuer ohne Debatte nach dem Beschlusse der Kommission abgelehnt.

Es folgt die Beratung des Mantelgesetzes, soweit es sich auf die Steuern bezieht. Dazu liegt ein Antrag der Konservativen vor, die Steuerzuschläge von den Einkommen von 1200 Mark an auch für 1908 nachträglich zu erheben.

Die Abg. Borgmann (Soz.) und Genossen beantragen, daß die Steuerzuschläge erst erhoben werden von 7000 Mark und 1. April 1909 ab.

Die Abg. Gysling (fr. Vp.) und Genossen beantragen, die Zuschläge erst von 3000 Mark an beginnen zu lassen und die Gesellschaften m. b. H. in bezug auf die Besteuerung mit den physischen Personen gleichzustellen.

Abg. Dr. Friedberg (natl.) bedauert, daß der Finanzminister entgegen dem Kompromiß sich für die Zuschläge für das Jahr 1908 ausgesprochen hat. Sollte dieser Antrag der Konservativen angenommen werden, so würden seine Freunde in der dritten Lesung für den Antrag Gysling, der ihnen sehr sympathisch sei, stimmen.

Abg. v. Dewitz (Freis.) wendet sich gegen den Antrag Borgmann. Die Herren Sozialdemokraten betonen immer ihre Interesse für die Unterbeamten, bringen aber hier einen Antrag, dessen Annahme zweifellos das völlige Scheitern der Vorlage bedeuten würde. Also ihr Parteinteresse scheint doch stärker zu sein, als das Interesse für die Beamten.

Abg. v. Hennig (Natl.) bestreitet, daß die Konservativen mit ihrem Antrag das Kompromiß verlegt hätten. Die Deduktion für 1908 hat jedenfalls mit der Regelung der Steuern vom 1. April 1909 ab nichts das geringste zu tun. (Sehr richtig! rechts.)

Abg. Dr. Köhling (natl.): Formell bezieht sich das Kompromiß allerdings nicht auf die Frage der Nachzahlung für 1908. Es hat sich aber unter den bürgerlichen Parteien mehr und mehr die Ansicht verbreitet, daß die Regierung ernstlich die Zuschläge für 1908 garnicht verlangt. (Zuruf rechts.) Das mag ein Fehler der Regierung sein, aber es ist nicht Sache des Parlaments, der Regierung Steuern auszubringen, die sie nicht braucht. (Sehr richtig! links.)

Die prinzipiell ablehnende Haltung, die Herr Hirsch in der Kommission zu den Steuern angenommen hat, ist ja ganz konsequent. Herr Hirsch sagte, es biete dem Feinde Munition, wenn sie dem Staat die Mittel an die Hand geben wollten, die er braucht, um die Beamten zu besolden. (Widerpruch bei den Soz.) Das ist doch die Konsequenz Ihrer Auffassung. Wenn Sie sich im Gegensatz

fühlen zum Staat, so müssen Sie sich auch im Gegensatz zum Beamtentum fühlen, das ein wesentlicher Bestandteil des Staates ist. Redner spricht sich des weiteren für den Antrag auf Gleichstellung der Gesellschaften m. b. H. mit den physischen Personen aus.

Abg. Gysling (fr. Vp.) befragt die freisinnigen Anträge.

Abg. Hirsch (Soz.): Ich habe die Stellung meiner Freunde gestern so unzweideutig und ausführlich dargelegt, daß ich glaube, es wäre heute nicht nötig, darauf zurückzukommen. Ich will nur kurz Herrn Köhling auf seine Angriffe erwidern: Wenn es sich bei der Bewilligung von Staatsmitteln nur um die Beamtenbesoldung handelte, so würden wir dafür stimmen, vorausgesetzt, daß die Bewilligung in einer Weise und Höhe erfolgt, die wir für richtig halten. Ich habe in der Kommission schon betont, daß wir, unseren Grundfahnen entsprechend, prinzipiell dem heutigen Rundersteuertum nichts bewilligen. (Sehr wahr! b. d. Soz.) Unsere Taktik ist so klar, daß die Beamten, die nachzudenken wissen, sie auch verstehen werden. Wir haben es wirklich nicht nötig, um die Gunst der Beamten zu buhlen. (Sehr richtig! bei den Soz.) Solange wir infolge des Dreiklassenwahlrechts hoffnungslos in der Minderheit sind, ist es nicht unsere Pflicht, für die Bewilligung von Deduktionsmitteln zu sorgen. Wenn Herr Köhling eben so konsequent wäre, wie wir, so dürfte auch er der Regierung nicht die Mittel bewilligen, solange sie nicht das Wahlrecht gibt, das er wünscht. Wir fassen eben diesen Kampf um das Wahlrecht etwas enger auf als die bürgerlichen Parteien. (Bravo! bei den Soz.)

Abg. Dr. Köhling (natl.): Die Beamten können doch nichts dafür, daß wir das allgemeine Wahlrecht in Preußen nicht haben. Es ist also nicht richtig, sie hier dafür zu bestrafen. Den Vorwurf, daß wir um die Stimmen der Beamten buhlen, lehne ich ab.

Abg. Hirsch (Soz.): Wenn Herr Köhling es rügt, als ob auch wir die Beamten dafür bestrafen wollten, daß in Preußen das allgemeine Wahlrecht nicht eingeführt ist, so heißt das, die Logik vollkommen auf den Kopf stellen. Ich verzichte darauf, Herrn Köhling auf diesem Gebiete weiter zu folgen. (Bravo! bei den Soz.)

Damit schließt die Debatte.

Der Antrag v. Hennig auf nachträgliche Erhebung der Steuerzuschläge für 1908 wird gegen die Stimmen der Konservativen abgelehnt. Danach werden auch die freisinnigen und der sozialdemokratische Antrag abgelehnt.

Angenommen wird ein konservativer Antrag, der die Gesellschaften m. b. H. um die Hälfte geringer besteuern will, als die Kommission festgesetzt hat.

Im übrigen wird das Mantelgesetz nach den Beschlüssen der Kommission angenommen.

Es folgt die zweite Beratung des Landwirtschafts-

etats.

Beim Titel „Ministergehalt“ befragt

Abg. v. Kessel (Konf.) die Hochwasserbeschädigten und den ländlichen Arbeitermangel. Zu begrüßen sind die Verträge, die Elektrizität in größerem Maße in den Dienst der Landwirtschaft zu stellen. Redner kritisiert die Staatsobersteuern bei diesem Etat. Sie bedeuten, daß entweder der Etat zu knapp bemessen ist, oder daß nicht sparsam gewirtschaftet wird.

Abg. Graf Spee (Str.) klagt über Verunreinigung von Flüssen im Westen durch industrielle Anlagen. Bei der Kaisergeburtstagsfeier der landwirtschaftlichen Hochschule in Berlin hat ein königlich preussischer Hochschullehrer für den Monismus Propaganda gemacht unter unglaublichen Angriffen gegen eine politische Partei. Der Landwirtschaftsminister möge dafür sorgen, daß ein solcher Vorgang sich nicht wiederholen kann. (Abg. Hofmann: Der Mann muß geverteilt werden! Heiterkeit.)

Abg. Dr. Crüger (fr. Vp.): Man kann von einem Naturforscher nicht verlangen, daß er bei einer Kaisergeburtstagsfeier seine Überzeugung verleugnet. Es ist besser, er hält eine solche Rede, als daß er Byzantinismus treibt. (Bravo! links.) Redner wendet sich des weiteren gegen den Beschluß des deutschen Landwirtschaftsrates, wonach zur Ausbreitung der Anwendung elektrischer Kraft auf dem Lande Mittel von der Zentralgenossenschaftsliste zur Verfügung gestellt werden sollen. Diese Kasse hat nur den Zweck, Personalkredit zu geben. Von einer Not der Landwirtschaft kann heute nicht mehr die Rede sein. Bedenklich ist allerdings die fortgesetzte Steigerung der

frühen Luftschöpfen.

„Stech den Kopf aus 'm Fenster 'naus, das ist ebenfogut.“

„Das ist's nicht; ich muß Bewegung haben.“

„So — du sollst aber keine haben.“ entgegnete Siles, stand auf, verließ die Tür, zog den Schlüssel aus, rief dem Mädchen den Hut vom Kopfe und warf ihn auf einen alten Schrank.

„Willst du jetzt ruhig dableiben, wo du bist, oder nicht?“

„Ich kann, auch ohne Ent gehen.“ sagte Nancy erlassend.

„Was soll dies bedeuten, Will? Wirst du auch, was du tust?“

„Ob ich weiß, was — fragst, sie ist von Sinnen, denn sie würde sich sonst nicht herausnehmen, solche Worte zu mir zu sprechen!“

„Ihr macht's danach, daß ich etwas Verzweifelteres tue.“ murmelte Nancy, beide Hände gegen die Brust pressend, als wenn sie einen heftigen Ausbruch gewalttätig zurückdrängen wollte.

„Lach mich hinaus — in dieser Minute — diesem Augenblicke —“

„Rein!“ schrie Siles.

„Fragst, sagt ihm, daß er mich gehen läßt. Ich rat's ihm.“

„Hört ihr?“ rief Nancy, mit den Fingern stampfend.

„Ob ich dich höre?“ rief Siles zurück, „und wenn ich dich noch ein paar Augenblicke höre, so soll dich der Hund dermaßen an der Kehle packen, daß er dir die freischwebende Stimme herausreißt. Was fällt dir ein, Weißbrot — was stehst du im Kopfe?“

„Lach mich gehen.“ sagte Nancy lebend, setzte sich an die Tür auf den Boden nieder und fuhr fort: „Will, lach mich gehen; ihr wisst nicht, was ihr tut — wisst's wahrlich nicht. Nur eine — nur eine einzige Stunde.“

„Ich will mich vierteln lassen.“ rief Siles, sie sehr unsanft beim Arm fassend, „wenn ich nicht glaube, daß die Dirne verrückt — toll und verrückt geworden ist. Steh auf!“

„Ich stehe nicht eher auf, als bis ihr mich gehen laßt — nicht eher?“ schrie Nancy.

Siles blickte sie eine Weile an, ersah den rechten Augenblick, schloß plötzlich ihre beiden Hände, zog die Sträußchen in ein anstößendes Gemach, setzte sich auf eine Bank, warf sie auf einen Stuhl und hielt sie gewalttätig nieder. Sie bat und suchte sich ihm abzuwenden mit Gewalt zu entziehen, gab endlich, als er sie geschlagen hatte, ganz erschöpft ihre Verurteilung auf, und Siles verließ sie mit einer durch mehrfache kräftige Beteuerungen unterstützten Warnung, um zu Nancy zurückzukehren.

„Was für'n sonderbares Geschöpf die Dirne ist!“ sagte er, sich den Schweiß abwischend.

„Das mögt ihr wohl sagen — mögt ihr wohl sagen, Will.“

verleichte der Jude nachdenklich.

„Was meint du denn, was ihr im Kopfe geistert hat, noch so spät mit Gewalt ausgehen zu wollen?“ Du mußt sie besser kennen als ich — was meinst du, Jude?“

Oliner Twist.

Von Charles Dickens.

Aus dem Englischen von Julius Seybt.

57

Bierunbierzigstes Kapitel.

Ranch wird verhindert, ihr Rose Maylie gegebenes Versprechen zu erfüllen.

Wie vollkommen eingeweiht Nancy in alle Verhältnisse und Künste auch war, vermochte sie doch die Gemütsbewegungen nicht gänzlich zu verbergen, die das Bewußtsein ihres Schrittes bei ihr hervorbrachte. Sie erinnerte sich, daß sowohl der listige Jude wie der brutale Siles sie in das Geheimnis von Anschlägen, die sie vor allen andern verborgen gehalten, eingeweiht hatten, und zwar im vollkommensten Vertrauen auf ihre Treue und über allen Verdacht erhabene Zuverlässigkeit; und so schämlich jene Anschläge, so ruchlos die Urheber derselben sein mochten, so erbittert sie selbst gegen den Juden war, der sie Schritt für Schritt tiefer und immer tiefer in einen Abgrund von Verbrechen und Elend geführt hatte, aus welchem kein Entrinnen möglich war: es gab doch, Augenblicke, wo bei ihr eine milde Stimmung gegen ihn vorherrschte und der Gedanke ihr Unruhe verursachte, daß ihn endlich infolge der von ihr gemachten Enthüllung sein langer verdienstlicher, aber freilich vollkommen verdientes Schicksal ereilen möchte.

Doch waren dies nur vorübergehende Gedanken und Gefühle bei ihr, deren sie sich aus Macht der Gewohnheit nicht gänzlich zu erheben imstande war; denn ihr Entschluß stand fest, und ihr Charakter war derart, daß sie sich durch keinerlei Rücksichten bewegen ließ, einen einmal gefassten Entschluß wieder aufzugeben. Ihre Besorgnis für Siles würde ein noch stärkerer Beweggrund gewesen sein, zurückzutreten, solange es noch Zeit war; allein sie hatte es sich ausbedungen, daß ihr Geheimnis streng bewahrt werden sollte — hatte keinen Faden an die Hand gegeben, der zu seiner Entdeckung führen konnte — hatte um keinen Preis den jenen das Anerbieten einer Zuflucht vor allem sie umgebenden Laster und Elend zurückgewiesen — und was konnte sie mehr tun? Sie war und blieb entschlossen.

Obgleich aber alle ihre inneren Kämpfe so endeten, erneuerten sie sich doch fortwährend und ließen auch ihre Spuren zurück. Nach wenigen Tagen sah sie blaß und abgezehrt aus. Bis dahin beachtete sie gar nicht, was um sie her vorging, und nahm an Gesprächen keinen Teil, bei welchen sie sonst die lebhafteste und lauteste gewesen sein würde; und bisweilen lachte sie wieder ohne Heiterkeit und lärmte ohne Zweck und Veranlassung. Zu anderen Zeiten — und oft einen Augenblick darauf — lag sie schweigend, niedergedrückt, hinbrütend, den Kopf auf die Hände gestützt da, während gerade die Anstrengung, womit sie sich dann wieder aufrichtete, noch stärker verhängte, daß sie Unruhe empfand und daß ihre Gedanken mit ganz anderen

Dingen als denen beschäftigt waren, die von ihren Gesellschaftern besprochen wurden.

Der Sonntagabend war gekommen, und die Glöde der nächsten Kirche schlug el. Siles und der Jude unterbrachen ihr Gespräch und horchten — und aufblickend und noch gespannter horchte Nancy.

„Ne Stunde vor Mitternacht.“ sagte Siles, das Fenster öffnend und nach seinem Stuhle zurückkehrend; „auch ist's neblig und finster — ne gute Gesellschaft.“

„Ab, ja.“ sagte Nancy, „s ist sehr schade, Will, daß es eben nichts gibt zu tun.“

„Da hast du 'mal recht.“ entgegnete Siles barisch. „s ist um so mehr schade, da ich obendrein recht in der Laune dazu bin.“

Der Jude schüttelte tausend den Kopf.

„Wir müssen die verlorene Zeit wieder einzubringen suchen, wenn wir nicht das Gute eingebracht ist.“ fuhr Siles fort.

„So ist's recht, mein Lieber.“ erwiderte Nancy, sich erdreistend, ihn auf die Schulter zu klopfen. „Es freut mich herzlich, Euch reden zu hören.“

„Freut Euch herinnig — so! Meinemwegen.“ sagte Siles.

„Da, ha, ha!“ lachte der Jude, als wenn ihm schon dies sehr geringe Zugeständnis Freude gewährte. „Ihr seid heute abend der echte, wahrhaftige Will — wieder ganz ihr selber, mein Lieber.“

„Mir ist's, als wär ich ein ganz anderer, wenn du mir die alte weisse Tasse auf die Schulter legst — runter damit!“

rief Siles, die Hand des Juden zurückziehend.

„Wird Euch schlimm dabei, Will — erinnert's Euch an Gefährlichkeit?“ fragte der Jude, entschlossen, seine Empfindlichkeit zu zeigen.

„Ja — aber aus Gefährlichkeit vom Teufel, nicht von 'nem Häfcher. Von Adam her ist kein Mensch gewesen mit 'nem Gesicht wie das deinige, mühte denn kein dein Vater, nicht dem wird wohl irgend ein grauer Bart versenkt, sofern nicht Satan selber dein Vater ist, was mich eben nicht wundern würde.“

Nancy erwiderte nichts auf diese Schmeichelei, sondern zupfte Siles am Ärmel und wies nach Nancy hin, die ganz in der Stille den Hut aufgesetzt hatte und eben hinausgehen wollte.

„Neh, Nancy!“ rief Siles. „Wohin willst die Dirne bei dieser Nachtstunde?“

„Nicht weit.“

„Was ist das für 'ne Antwort! Wohin willst du?“

„Ich sage, nicht weit.“

„Und ich sage, wohin? Hast du gehört?“

„Ich weiß nicht, wohin.“

„Dann weiß ich's.“ sagte Siles, mehr aus Eigensinn, als daß er einen bestimmten Grund gehabt hätte, sich Nancy's Ausgehen, wohin es ihr beliebte, zu widersehen. „Nirgend. Sey dich wieder hin.“

Wüterpreise, die zu einer Verschuldung der Landwirte führen muß. (Sehr richtig! links.)

Abg. Dr. Heppel (natl.) verlangt, daß die Versicherungsanstalten Gelder in kleinen Rentenbüchern anlegen, und die Anwendung des Erbbaurechts für diese Rentenbüchern.

Landwirtschaftsminister v. Arnim-Eriemmen glaubt, daß die Entschuldungsfrage nicht ohne Mithilfe der Genossenschaften zu lösen ist. Ein gewisser Prozentsatz ihrer Mittel kann wohl in Hypotheken festgelegt werden, ohne ihre Liquidität zu gefährden. Natürlich ist dabei große Vorsicht geboten. Was die Ueberwälzungen anlangt, so wird die Stodung an der Elbe hoffentlich in 3 bis 4 Tagen beseitigt sein. Bei der Konfessionierung von industriellen Anlagen auf dem Lande sollen in Zukunft im Vorverfahren landwirtschaftliche Beamte gehört werden. Ueber die Ausgestaltung des Erbbaurechts schweben mit dem Reichsamt des Innern Verhandlungen.

Abg. Dr. Heilig (Str.) befragt ein n Antrag auf gesetzliche Neuregelung des Tarwens namentlich in landwirtschaftlichen Angelegenheiten.

Abg. Graf v. S. (Str.): Es handelt sich bei meiner Kritik nicht um die Weltanschauung des Herrn Plate, sondern darum, daß er seine Rede bei einer patriotischen Reier hielt, wo Angehörige aller Parteien anwesend waren. Das war eine Taktbew. Rücksichtlosigkeit. Er sagte j. V., wenn man für eine einheitliche Weltanschauung — das ist der Monismus — eintritt, so wird man als Atheist verurteilt. So wenig theologisches Verständnis herrscht auf der Reaktionsstube der „Kreuzzeitung“, Ueber das Zentrum sagt er, niemand kann zwei Herren dienen. Solange Staat und Kirche nicht völlig getrennt sind, wird es stets Staatsbürger geben, welche im Falle eines Konfliktes zuerst der Kirche dienen. (Sehr gut! bei den Soz.) Für Sie (zu den Soz.) hat er auch etwas übrig. (Weiterleut.) Er sagt: Ich würde mich nie genieren, in einem sozialdemokratischen Verein über Darwinismus zu reden. Das wäre die beste Gelegenheit, der verdorbenen Verleumdung entgegenzutreten. Das allgemeine Gleichheit der Menschen auch nur annähernd erreicht werden kann. Dem Zentrum wirft er noch vor, daß es die Interessen Roms immer höher gestellt habe, als die Interessen des Vaterlandes. Ich würde mich freuen, wenn der Herr Minister sein Nichtverständnis mit diesem Vorgehen ausdrücken würde. (Bravo! im Str.)

Abg. Kretz (natl.): Entsprechend unserer allgemeinen Haltung können wir uns den Ausführungen des Vorredners nur anschließen. Professor Plate ist schon genug dadurch gestraft, daß er den Beifall des Herrn Borgmann gefunden hat. (Weiterleut rechts.)

Landwirtschaftsminister v. Arnim-Eriemmen erklärt, daß er das Auftreten des Prof. Plate bei der erwähnten Gelegenheit nicht billigen könne. (Bravo! rechts und im Str.)

Hierauf vertagt sich das Haus.

Abg. Borgmann (Soz.): Herrn Kretz erwidere ich, daß Vernunft und Gerechtigkeit bei uns immer eine Stätte finden; Herr Kretz wird natürlich niemals in diese Verlegenheit kommen. (Weiterleut und Sehr gut! bei den Soz.)

Abg. Kretz (natl.): Auf die letzte Bemerkung kann ich nicht antworten, da ich ihren tiefen Sinn nicht verstanden habe. (Lachen bei den Soz.)

Nächste Sitzung Montag 11 Uhr. (Fortsetzung der Beratung des Landwirtschaftsstaats.)

Schluss: 4 1/2 Uhr.

87. Sitzung vom Montag, 22. Februar, vormittags 11 Uhr.

Am Ministertisch: v. Arnim-Eriemmen.

Die allgemeine Besprechung wird beim Titel „Gehalt des Ministers“ fortgesetzt.

Abg. Wamhoff (natl.): Es freut mich, daß der Minister die Hochwasserbeschwerden anerkannt und Hilfe versprochen hat. Der Minister sagte freilich, der Schaden ließe sich noch nicht übersehen. Das mag richtig sein, aber eine Abblagszahlung könnte doch jetzt schon gewährt werden, denn rasche Hilfe tut not. Wenn der Minister uns eine Vorlage machen wollte, würde sie gewiß einstimmig hier angenommen werden. Wünschenswert wäre es, wenn auch die Fonds zur Hebung der Pferdezucht erhöht würden, die jetzt bewilligten Summen sind zu niedrig. Wir werden auch alle Maßnahmen, die der inneren Kolonisation dienen, gern unterstützen. Energisch zurückweisen muß ich die Behauptung, als ob die Landwirtschaft alle möglichen Vorteile für sich beanspruche. Dies hat die Landwirtschaft nicht getan, sie hat nur das verlangt, was im Interesse der Erhaltung der heimischen Produktion unbedingt nötig war.

Abg. Frhr. v. Wolff-Metternich (Str.) (fast unverständlich) tritt dafür ein, daß in den Großstädten das Interesse für die Landwirtschaft mehr geweckt werde, und klagt über zu große Steuerlast auf dem Lande.

Abg. Dr. v. Campe (natl.): Die Landwirtschaft in meinem Wahlkreise wird sehr durch die Abwässer der Bleihütten geschädigt, 2000 Morgen sind für die landwirtschaftliche Kultur verloren. Die Landwirte beziffern ihren Schaden auf 1386 000 Mark. Ich möchte dringend bitten, daß hier Abhilfe geschaffen wird.

Ein Regierungskommissar: Es sind sehr eingehende Untersuchungen eingeleitet worden, große Schäden sind nachgewiesen. Der Minister hat angeordnet, daß Klagenlagen angelegt werden, damit aus den Abwässern der Bergwerke das Übermaß nicht mehr schädliche Stoffe in die Ärenis fließen können.

Abg. Engelmann (natl.): Das zu erwartende neue Weinlese hat in den Kreisen der Landwirtschaft große Unruhe hervorgerufen, man meint vielfach, daß das preussische Weinbaugelbiet nicht so berücksichtigt wird, wie es nötig ist. Kein Zweig der Landwirtschaft liegt so daneben, wie der Weinbau. Ich bitte deshalb den Minister, im Bundesrat dahin zu wirken, daß die Wünsche des preussischen Weinbaues berücksichtigt werden. Entschieden muß ich mich aber gegen eine Weinsteuer in jeder Form aussprechen.

Abg. Dr. Bachnide (Str. Vg.): Die Frage der Weinsteuer gehört nicht hierher, sondern in den Reichstag. Meine Freunde sind bereit, der Landwirtschaft zu helfen, aber nur soweit dies im Interesse der Allgemeinheit liegt. Der Wert der landwirtschaftlichen Produktion beträgt etwa 15 Milliarden, der der gewerblichen aber 36. Deshalb darf man nicht eine einseitige Wirtschaftspolitik treiben, die nur die Landwirtschaft begünstigt. Jede Maßnahme, die nur auf eine Erhöhung der Preise hinausgeht, werden wir bekämpfen. Der Frage der Landarbeiter widmen wir große Aufmerksamkeit. Aber man fördert die Interessen der Landarbeiter nicht, wenn man ihre Rechte, etwa durch Verkürzung der Freizügigkeit, beschneiden will. Gefangene sollte man in der Landwirtschaft nur in Ausnahmefällen beschäftigen. Den Professor Plate muß ich gegen die Angriffe des Zentrums verteidigen. Der Gelehrte muß seine Ueberzeugung bekennen, das ist er seiner Ueberzeugung schuldig.

Abg. Leinert (Soz.): In der Debatte ist wiederholt gesagt worden, daß die Lage der Landwirtschaft keine glänzende sei. Man hat dies wohl nur in der Absicht gesagt, um wieder mit neuen Millionenforderungen für die Landwirtschaft zu kommen, bei der Erneuerung der Handelsverträge, die in einigen Jahren bevorsteht. Demgegenüber muß ich betonen, daß von einer Not der Landwirtschaft keine Rede sein kann, sondern daß es im Gegenteil der Landwirtschaft so gut geht wie noch nie. (Lebhaftige Zustimmung b. d. Soz.) Dies ist eine Folge unserer Sozialpolitik, der Landwirtschaft geht es gut auf Kosten der arbeitenden Bevölkerung. (Lachen rechts.) Im Jahre 1902 war das Gesamteinkommen der Landwirtschaft 2557 Millionen, es stieg 1905 auf 2813 Millionen, 1908 auf 3759 Millionen. Die Zahl der landwirtschaftlichen Besitzten über 900 Mk. betrug 1902 1 430 000, sie stieg 1905 auf 1 570 000 und 1908 auf 2 120 000. Diese große Steigerung ist also erst nach Inkrafttreten der Handelsverträge eingetreten. Besser noch als diese Zahlen zeigt die Statistik der Einkommensteuer überhaupt, daß ein glänzender Reichtum in das Land gekommen ist. Die Zahl der landwirtschaftlichen Besitzten über 3000 Mark betrug 1902 103 542, 1905 115 000, 1908 135 435. Sie ist also in sechs Jahren um 32 000 gestiegen. (Hört, hört! b. d. Soz.) Das Gesamteinkommen der Landwirtschaft betrug 1902 1900 Millionen, es stieg 1905 auf 1128 Millionen und 1908 auf 1353 Millionen. Es hat also in den letzten 3 Jahren um 225 Millionen zugenommen. Das Einkommen aus Handel und Gewerbe auf dem Lande hat eine solche Steigerung auch nicht entfernt erfahren. Die letzten drei Jahre sind also Jahre reichen Segens für die Landwirtschaft gewesen. Die Landwirte haben Schätze gesammelt auf Kosten der Armut. (Lachen rechts.) Dies zeigt auch die Statistik der Ergänzungssteuer. Ergänzungssteuer bezahlen bekanntlich nur solche Leute, die ein Vermögen über 6000 Mark haben. Solche Besitzten gab es auf dem Lande 1902: 680 000, 1905: 710 000, 1908: 780 000. Die Zahl der Besitzten ist also in den letzten sechs Jahren um 100 000 gestiegen. Darunter befinden sich doch gewiß keine Arbeiter. Das Vermögen auf dem Lande betrug 1902 25 Milliarden, 1905 30 Milliarden, 1908 31 Milliarden. Das Vermögen hatte sich also um 3 Milliarden erhöht. Nun sagt der Abg. Kretz, auch die Schulden auf dem Lande sind enorm gestiegen. Dem muß ich entschieden widersprechen. Die Schulden auf dem Lande betrugen 1902 4201 Millionen, 1905 4811 Millionen und 1908 5295 Millionen. Gegenüber der Schuldenvermehrung der letzten drei Jahre von 484 Millionen steht aber eine Kapitalvermehrung von 5 Milliarden, d. h. mit anderen Worten, der Vermögenszuwachs der Landwirtschaft beträgt ebenso viel, wie ihre ganze Schuldenlast. (Hört, hört! b. d. Soz.) Angesichts solcher Verhältnisse läßt es sich auf dem Lande schon leben. (Weiterleut.) Die Landwirtschaft hat es eben verstanden, durch Brot, Fleisch und Milch sich eine glänzende Existenz zu verschaffen. Dazu kommen noch andere Maßnahmen, wie z. B. die Einfuhrzölle, über die hier schon gesprochen ist. Den Vorteil haben aber einzig und allein die Großgrundbesitzer. Die Kleinbauern sind an der Vermögensvermehrung nicht beteiligt. Der Staat gewährt der Landwirtschaft Zuwendungen, die kein anderer Stand bekommt. Allein für die Landwirtschaftskammern gibt der Staat einen Aufschuß von 3 Millionen. Wo finden Sie denn eine Kammerkammer oder eine Handelskammer, die einen solchen Aufschuß bekommt? Den Nutzen von allen diesen Maßnahmen hat auch nicht der Staat, wie es immer dargestellt wird, den haben einzig und allein die Agrarier. Die Agrarier haben diese Zuwendun-

gen auch nur bekommen, seit der „Bund der Landwirte“ in seine struppellose Agitation eingetreten ist. Er verfährt nach dem Rezept, immerzu schreien. Dann hat er auch immer alles bekommen, was er haben wollte. Die Agrarier haben ja früher schon gesagt, wenn wir keine Staatshilfe bekommen, gehen wir zu den Sozialdemokraten. Wir haben ihnen damals schon erwidert, für solche Genossen danken wir. (Leb. Zustimmung b. d. Soz.) Die zu uns gekommen sind, sind ja auch bald wieder fortgegangen, weil sie gesehen haben, daß der Kampf um die Gleichberechtigung ein idealer Kampf war, und weil ihr Streben auf Ideale nicht gerichtet ist, da sie nur Gewinne machen wollten auf Kosten der Bevölkerung. Deshalb sind auch die Agrarier, die zu uns gekommen sind, bald wieder zu den Fahren des Junkertums zurückgekehrt. — Angesichts der glänzenden Lage der Landwirtschaft muß man sich die Frage vorlegen, ob die Staatszuschüsse für die Landwirtschaft nicht reduziert werden müssen. Man könnte sie vielleicht sogar ganz abschaffen. Ich erkenne gern an, daß die Landwirtschaft sich auch durch Selbsthilfe weiter geholfen hat, besonders durch das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen. Es macht da aber einen sonderbaren Einbruch, daß die Landwirtschaft sich selbst zu Genossenschaften zusammenschließt, aber ihren Arbeitern den Beitritt zu den Konsumgenossenschaften verbietet. Der Abg. Kretz meint, man könnte das Einkommen der Landwirte sehr leicht feststellen. Das scheint aber doch nicht der Fall zu sein, sonst würden doch wohl nicht so viele Prozesse wegen Steuerhinterziehung gegen Großgrundbesitzer vorgekommen sein. In meinem Wahlkreise sind drei Großgrundbesitzer, die überhaupt keine Einkommensteuer zahlen. Das ganze Betreiben der Agrarier geht nur dahin, die Preise der Produkte zu heben, um sie vertreiben zu können, nicht nur die Hilfe des Staates, sondern auch die der Provinzen herauszusuchen. So sollte in Hannover eine Bierbewertungsgenossenschaft gegründet werden, wenn 750 Anteilseine gezeichnet würden. Es würden aber nur 500 gezeichnet, und da ging man an die Provinzialverwaltung heran, die übrigen Anteilseine zu übernehmen. Es wurde denn auch ein Kapital von 50 000 Mark hergegeben. Für welche anderen Volksschichten sollte wohl so etwas? (Lachen rechts.) Die Gewerkschaften! Sie sollten doch auch so viel Verständnis haben, daß man einen solchen Einwand nicht machen kann, und daß die Gewerkschaften eine gebietende Notwendigkeit waren gegenüber der Vertierung der Lebensmittel der Agrarpolitik. Durch die Tätigkeit der Landwirtschaftskammern und der landwirtschaftlichen Vereine werden jetzt durch landwirtschaftliche Produkte, die früher nur ganz nebenbei gehalten wurden, kolossale Einnahmen erzielt. Namentlich hat die Milchwirtschaft große Summen gebracht, die sogar höher sind als die Einnahmen aus der gesamten Vrogetreideernte.

Jhr ganzes Gethöse über die Höhe der sozialen Lasten stimmt sonderbar mit den Tatsachen überein. Sie wollten ja, daß die großen Kapitalien der Arbeiterversicherung für Ihre Zwecke dienstbar gemacht werden. Sie wollten, daß die Kassen der Unfallversicherungsanstalten verkleinert werden. Sie sind wiederholt eingetreten für eine Verringerung der Unfallrenten. Das ist keine soziale Fürsorge. Außerdem will ich darauf hinweisen, daß der Landrat von Fischhausen eine Bekanntmachung im Reichsanzeiger erlassen hat, worin er erklärt, daß beim Umstich der Invalidenversicherungskarten verschiedene Unregelmäßigkeiten seitens der Amts- und Gutsordner vorgekommen sind. Er weist darauf hin, daß eine ganze Reihe von Karten nicht eingegangen. In allen Fällen handelte es sich um Angehörte der eigenen Beamten der Guts- und Amtsdiensther, so daß die Vermutung naheliegt, daß man nicht aus Nachlässigkeit, sondern um Geld zu ergattern so gehandelt hat. Es wurde da ungewiss, ob eine Urkundenfälschung, ein Betrug im Sinne des Strafgesetzes begangen. Die Forderung, daß Unfallrenten bis zu 25 Prozent nicht gezahlt werden sollen, beweist auch, daß Sie trotz Ihres sozialistischen Reichtums sich noch auf Kosten der Armen und Krüppel bereichern wollen. In Aussicht steht jetzt, daß die Krankenversicherung endlich auch auf die Landarbeiter ausgedehnt werde. Dies wird von heilsamer Wirkung sein auf die gesamte Lage der Landarbeiter. Über das sehen wir, daß mehrere Landwirtschaftskammern erklären, das sei nicht notwendig. Insbesondere hat die Landwirtschaftskammer von Ostpreußen sich dafür ausgesprochen, daß eine allgemeine Ausdehnung der Krankenversicherungsgesetzes nicht erforderlich sei. In ihrer diesbezüglichen Eingabe heißt es: Sollte die Krankenversicherung eingeführt werden, so dürfte nicht übersehen werden, daß es ersten finanziellen Bedenken unterliegt, wenn der Staat sich nicht zur Gewährung der Leistung entschließt. Denn die Versicherung würde in solchen Fällen für Arbeitgeber und Versicherte eine Belastung mit sich bringen, die ihre wirtschaftliche Existenz aufs schwerste bedrohen würde. Diese Behauptung läßt sich wirklich nicht aufrecht erhalten. Sie wollen selbst die geringen Kosten für die Krankenversicherung nicht bezahlen, weil das den Arbeitern zugute käme. Erwähnen will ich hier noch eine Aeußerung des Abg. v. Odenburg, die er in einer Sitzung der preussischen Landwirtschaftskammer getan hat. Er erklärte, im preussischen Staatswesen gäbe es eine geordnete und eine ungeordnete Vertretung der Landwirtschaft. In den Augen der Regierung seien der Landwirtschaftskammer, das Landesökonomienrat und die Landwirtschaftskammer geordnete, und der

Bund der Landwirte eine ungeordnete Vertretung. Er verfährt nach dem Rezept, immerzu schreien. Dann hat er auch immer alles bekommen, was er haben wollte. Die Agrarier haben ja früher schon gesagt, wenn wir keine Staatshilfe bekommen, gehen wir zu den Sozialdemokraten. Wir haben ihnen damals schon erwidert, für solche Genossen danken wir. (Leb. Zustimmung b. d. Soz.) Die zu uns gekommen sind, sind ja auch bald wieder fortgegangen, weil sie gesehen haben, daß der Kampf um die Gleichberechtigung ein idealer Kampf war, und weil ihr Streben auf Ideale nicht gerichtet ist, da sie nur Gewinne machen wollten auf Kosten der Bevölkerung. Deshalb sind auch die Agrarier, die zu uns gekommen sind, bald wieder zu den Fahren des Junkertums zurückgekehrt. — Angesichts der glänzenden Lage der Landwirtschaft muß man sich die Frage vorlegen, ob die Staatszuschüsse für die Landwirtschaft nicht reduziert werden müssen. Man könnte sie vielleicht sogar ganz abschaffen. Ich erkenne gern an, daß die Landwirtschaft sich auch durch Selbsthilfe weiter geholfen hat, besonders durch das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen. Es macht da aber einen sonderbaren Einbruch, daß die Landwirtschaft sich selbst zu Genossenschaften zusammenschließt, aber ihren Arbeitern den Beitritt zu den Konsumgenossenschaften verbietet. Der Abg. Kretz meint, man könnte das Einkommen der Landwirte sehr leicht feststellen. Das scheint aber doch nicht der Fall zu sein, sonst würden doch wohl nicht so viele Prozesse wegen Steuerhinterziehung gegen Großgrundbesitzer vorgekommen sein. In meinem Wahlkreise sind drei Großgrundbesitzer, die überhaupt keine Einkommensteuer zahlen. Das ganze Betreiben der Agrarier geht nur dahin, die Preise der Produkte zu heben, um sie vertreiben zu können, nicht nur die Hilfe des Staates, sondern auch die der Provinzen herauszusuchen. So sollte in Hannover eine Bierbewertungsgenossenschaft gegründet werden, wenn 750 Anteilseine gezeichnet würden. Es würden aber nur 500 gezeichnet, und da ging man an die Provinzialverwaltung heran, die übrigen Anteilseine zu übernehmen. Es wurde denn auch ein Kapital von 50 000 Mark hergegeben. Für welche anderen Volksschichten sollte wohl so etwas? (Lachen rechts.) Die Gewerkschaften! Sie sollten doch auch so viel Verständnis haben, daß man einen solchen Einwand nicht machen kann, und daß die Gewerkschaften eine gebietende Notwendigkeit waren gegenüber der Vertierung der Lebensmittel der Agrarpolitik. Durch die Tätigkeit der Landwirtschaftskammern und der landwirtschaftlichen Vereine werden jetzt durch landwirtschaftliche Produkte, die früher nur ganz nebenbei gehalten wurden, kolossale Einnahmen erzielt. Namentlich hat die Milchwirtschaft große Summen gebracht, die sogar höher sind als die Einnahmen aus der gesamten Vrogetreideernte.

Jhr ganzes Gethöse über die Höhe der sozialen Lasten stimmt sonderbar mit den Tatsachen überein. Sie wollten ja, daß die großen Kapitalien der Arbeiterversicherung für Ihre Zwecke dienstbar gemacht werden. Sie wollten, daß die Kassen der Unfallversicherungsanstalten verkleinert werden. Sie sind wiederholt eingetreten für eine Verringerung der Unfallrenten. Das ist keine soziale Fürsorge. Außerdem will ich darauf hinweisen, daß der Landrat von Fischhausen eine Bekanntmachung im Reichsanzeiger erlassen hat, worin er erklärt, daß beim Umstich der Invalidenversicherungskarten verschiedene Unregelmäßigkeiten seitens der Amts- und Gutsordner vorgekommen sind. Er weist darauf hin, daß eine ganze Reihe von Karten nicht eingegangen. In allen Fällen handelte es sich um Angehörte der eigenen Beamten der Guts- und Amtsdiensther, so daß die Vermutung naheliegt, daß man nicht aus Nachlässigkeit, sondern um Geld zu ergattern so gehandelt hat. Es wurde da ungewiss, ob eine Urkundenfälschung, ein Betrug im Sinne des Strafgesetzes begangen. Die Forderung, daß Unfallrenten bis zu 25 Prozent nicht gezahlt werden sollen, beweist auch, daß Sie trotz Ihres sozialistischen Reichtums sich noch auf Kosten der Armen und Krüppel bereichern wollen. In Aussicht steht jetzt, daß die Krankenversicherung endlich auch auf die Landarbeiter ausgedehnt werde. Dies wird von heilsamer Wirkung sein auf die gesamte Lage der Landarbeiter. Über das sehen wir, daß mehrere Landwirtschaftskammern erklären, das sei nicht notwendig. Insbesondere hat die Landwirtschaftskammer von Ostpreußen sich dafür ausgesprochen, daß eine allgemeine Ausdehnung der Krankenversicherungsgesetzes nicht erforderlich sei. In ihrer diesbezüglichen Eingabe heißt es: Sollte die Krankenversicherung eingeführt werden, so dürfte nicht übersehen werden, daß es ersten finanziellen Bedenken unterliegt, wenn der Staat sich nicht zur Gewährung der Leistung entschließt. Denn die Versicherung würde in solchen Fällen für Arbeitgeber und Versicherte eine Belastung mit sich bringen, die ihre wirtschaftliche Existenz aufs schwerste bedrohen würde. Diese Behauptung läßt sich wirklich nicht aufrecht erhalten. Sie wollen selbst die geringen Kosten für die Krankenversicherung nicht bezahlen, weil das den Arbeitern zugute käme. Erwähnen will ich hier noch eine Aeußerung des Abg. v. Odenburg, die er in einer Sitzung der preussischen Landwirtschaftskammer getan hat. Er erklärte, im preussischen Staatswesen gäbe es eine geordnete und eine ungeordnete Vertretung der Landwirtschaft. In den Augen der Regierung seien der Landwirtschaftskammer, das Landesökonomienrat und die Landwirtschaftskammer geordnete, und der

Bund der Landwirte eine ungeordnete Vertretung. Er verfährt nach dem Rezept, immerzu schreien. Dann hat er auch immer alles bekommen, was er haben wollte. Die Agrarier haben ja früher schon gesagt, wenn wir keine Staatshilfe bekommen, gehen wir zu den Sozialdemokraten. Wir haben ihnen damals schon erwidert, für solche Genossen danken wir. (Leb. Zustimmung b. d. Soz.) Die zu uns gekommen sind, sind ja auch bald wieder fortgegangen, weil sie gesehen haben, daß der Kampf um die Gleichberechtigung ein idealer Kampf war, und weil ihr Streben auf Ideale nicht gerichtet ist, da sie nur Gewinne machen wollten auf Kosten der Bevölkerung. Deshalb sind auch die Agrarier, die zu uns gekommen sind, bald wieder zu den Fahren des Junkertums zurückgekehrt. — Angesichts der glänzenden Lage der Landwirtschaft muß man sich die Frage vorlegen, ob die Staatszuschüsse für die Landwirtschaft nicht reduziert werden müssen. Man könnte sie vielleicht sogar ganz abschaffen. Ich erkenne gern an, daß die Landwirtschaft sich auch durch Selbsthilfe weiter geholfen hat, besonders durch das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen. Es macht da aber einen sonderbaren Einbruch, daß die Landwirtschaft sich selbst zu Genossenschaften zusammenschließt, aber ihren Arbeitern den Beitritt zu den Konsumgenossenschaften verbietet. Der Abg. Kretz meint, man könnte das Einkommen der Landwirte sehr leicht feststellen. Das scheint aber doch nicht der Fall zu sein, sonst würden doch wohl nicht so viele Prozesse wegen Steuerhinterziehung gegen Großgrundbesitzer vorgekommen sein. In meinem Wahlkreise sind drei Großgrundbesitzer, die überhaupt keine Einkommensteuer zahlen. Das ganze Betreiben der Agrarier geht nur dahin, die Preise der Produkte zu heben, um sie vertreiben zu können, nicht nur die Hilfe des Staates, sondern auch die der Provinzen herauszusuchen. So sollte in Hannover eine Bierbewertungsgenossenschaft gegründet werden, wenn 750 Anteilseine gezeichnet würden. Es würden aber nur 500 gezeichnet, und da ging man an die Provinzialverwaltung heran, die übrigen Anteilseine zu übernehmen. Es wurde denn auch ein Kapital von 50 000 Mark hergegeben. Für welche anderen Volksschichten sollte wohl so etwas? (Lachen rechts.) Die Gewerkschaften! Sie sollten doch auch so viel Verständnis haben, daß man einen solchen Einwand nicht machen kann, und daß die Gewerkschaften eine gebietende Notwendigkeit waren gegenüber der Vertierung der Lebensmittel der Agrarpolitik. Durch die Tätigkeit der Landwirtschaftskammern und der landwirtschaftlichen Vereine werden jetzt durch landwirtschaftliche Produkte, die früher nur ganz nebenbei gehalten wurden, kolossale Einnahmen erzielt. Namentlich hat die Milchwirtschaft große Summen gebracht, die sogar höher sind als die Einnahmen aus der gesamten Vrogetreideernte.

Jhr ganzes Gethöse über die Höhe der sozialen Lasten stimmt sonderbar mit den Tatsachen überein. Sie wollten ja, daß die großen Kapitalien der Arbeiterversicherung für Ihre Zwecke dienstbar gemacht werden. Sie wollten, daß die Kassen der Unfallversicherungsanstalten verkleinert werden. Sie sind wiederholt eingetreten für eine Verringerung der Unfallrenten. Das ist keine soziale Fürsorge. Außerdem will ich darauf hinweisen, daß der Landrat von Fischhausen eine Bekanntmachung im Reichsanzeiger erlassen hat, worin er erklärt, daß beim Umstich der Invalidenversicherungskarten verschiedene Unregelmäßigkeiten seitens der Amts- und Gutsordner vorgekommen sind. Er weist darauf hin, daß eine ganze Reihe von Karten nicht eingegangen. In allen Fällen handelte es sich um Angehörte der eigenen Beamten der Guts- und Amtsdiensther, so daß die Vermutung naheliegt, daß man nicht aus Nachlässigkeit, sondern um Geld zu ergattern so gehandelt hat. Es wurde da ungewiss, ob eine Urkundenfälschung, ein Betrug im Sinne des Strafgesetzes begangen. Die Forderung, daß Unfallrenten bis zu 25 Prozent nicht gezahlt werden sollen, beweist auch, daß Sie trotz Ihres sozialistischen Reichtums sich noch auf Kosten der Armen und Krüppel bereichern wollen. In Aussicht steht jetzt, daß die Krankenversicherung endlich auch auf die Landarbeiter ausgedehnt werde. Dies wird von heilsamer Wirkung sein auf die gesamte Lage der Landarbeiter. Über das sehen wir, daß mehrere Landwirtschaftskammern erklären, das sei nicht notwendig. Insbesondere hat die Landwirtschaftskammer von Ostpreußen sich dafür ausgesprochen, daß eine allgemeine Ausdehnung der Krankenversicherungsgesetzes nicht erforderlich sei. In ihrer diesbezüglichen Eingabe heißt es: Sollte die Krankenversicherung eingeführt werden, so dürfte nicht übersehen werden, daß es ersten finanziellen Bedenken unterliegt, wenn der Staat sich nicht zur Gewährung der Leistung entschließt. Denn die Versicherung würde in solchen Fällen für Arbeitgeber und Versicherte eine Belastung mit sich bringen, die ihre wirtschaftliche Existenz aufs schwerste bedrohen würde. Diese Behauptung läßt sich wirklich nicht aufrecht erhalten. Sie wollen selbst die geringen Kosten für die Krankenversicherung nicht bezahlen, weil das den Arbeitern zugute käme. Erwähnen will ich hier noch eine Aeußerung des Abg. v. Odenburg, die er in einer Sitzung der preussischen Landwirtschaftskammer getan hat. Er erklärte, im preussischen Staatswesen gäbe es eine geordnete und eine ungeordnete Vertretung der Landwirtschaft. In den Augen der Regierung seien der Landwirtschaftskammer, das Landesökonomienrat und die Landwirtschaftskammer geordnete, und der

Bund der Landwirte eine ungeordnete Vertretung. Er verfährt nach dem Rezept, immerzu schreien. Dann hat er auch immer alles bekommen, was er haben wollte. Die Agrarier haben ja früher schon gesagt, wenn wir keine Staatshilfe bekommen, gehen wir zu den Sozialdemokraten. Wir haben ihnen damals schon erwidert, für solche Genossen danken wir. (Leb. Zustimmung b. d. Soz.) Die zu uns gekommen sind, sind ja auch bald wieder fortgegangen, weil sie gesehen haben, daß der Kampf um die Gleichberechtigung ein idealer Kampf war, und weil ihr Streben auf Ideale nicht gerichtet ist, da sie nur Gewinne machen wollten auf Kosten der Bevölkerung. Deshalb sind auch die Agrarier, die zu uns gekommen sind, bald wieder zu den Fahren des Junkertums zurückgekehrt. — Angesichts der glänzenden Lage der Landwirtschaft muß man sich die Frage vorlegen, ob die Staatszuschüsse für die Landwirtschaft nicht reduziert werden müssen. Man könnte sie vielleicht sogar ganz abschaffen. Ich erkenne gern an, daß die Landwirtschaft sich auch durch Selbsthilfe weiter geholfen hat, besonders durch das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen. Es macht da aber einen sonderbaren Einbruch, daß die Landwirtschaft sich selbst zu Genossenschaften zusammenschließt, aber ihren Arbeitern den Beitritt zu den Konsumgenossenschaften verbietet. Der Abg. Kretz meint, man könnte das Einkommen der Landwirte sehr leicht feststellen. Das scheint aber doch nicht der Fall zu sein, sonst würden doch wohl nicht so viele Prozesse wegen Steuerhinterziehung gegen Großgrundbesitzer vorgekommen sein. In meinem Wahlkreise sind drei Großgrundbesitzer, die überhaupt keine Einkommensteuer zahlen. Das ganze Betreiben der Agrarier geht nur dahin, die Preise der Produkte zu heben, um sie vertreiben zu können, nicht nur die Hilfe des Staates, sondern auch die der Provinzen herauszusuchen. So sollte in Hannover eine Bierbewertungsgenossenschaft gegründet werden, wenn 750 Anteilseine gezeichnet würden. Es würden aber nur 500 gezeichnet, und da ging man an die Provinzialverwaltung heran, die übrigen Anteilseine zu übernehmen. Es wurde denn auch ein Kapital von 50 000 Mark hergegeben. Für welche anderen Volksschichten sollte wohl so etwas? (Lachen rechts.) Die Gewerkschaften! Sie sollten doch auch so viel Verständnis haben, daß man einen solchen Einwand nicht machen kann, und daß die Gewerkschaften eine gebietende Notwendigkeit waren gegenüber der Vertierung der Lebensmittel der Agrarpolitik. Durch die Tätigkeit der Landwirtschaftskammern und der landwirtschaftlichen Vereine werden jetzt durch landwirtschaftliche Produkte, die früher nur ganz nebenbei gehalten wurden, kolossale Einnahmen erzielt. Namentlich hat die Milchwirtschaft große Summen gebracht, die sogar höher sind als die Einnahmen aus der gesamten Vrogetreideernte.

Jhr ganzes Gethöse über die Höhe der sozialen Lasten stimmt sonderbar mit den Tatsachen überein. Sie wollten ja, daß die großen Kapitalien der Arbeiterversicherung für Ihre Zwecke dienstbar gemacht werden. Sie wollten, daß die Kassen der Unfallversicherungsanstalten verkleinert werden. Sie sind wiederholt eingetreten für eine Verringerung der Unfallrenten. Das ist keine soziale Fürsorge. Außerdem will ich darauf hinweisen, daß der Landrat von Fischhausen eine Bekanntmachung im Reichsanzeiger erlassen hat, worin er erklärt, daß beim Umstich der Invalidenversicherungskarten verschiedene Unregelmäßigkeiten seitens der Amts- und Gutsordner vorgekommen sind. Er weist darauf hin, daß eine ganze Reihe von Karten nicht eingegangen. In allen Fällen handelte es sich um Angehörte der eigenen Beamten der Guts- und Amtsdiensther, so daß die Vermutung naheliegt, daß man nicht aus Nachlässigkeit, sondern um Geld zu ergattern so gehandelt hat. Es wurde da ungewiss, ob eine Urkundenfälschung, ein Betrug im Sinne des Strafgesetzes begangen. Die Forderung, daß Unfallrenten bis zu 25 Prozent nicht gezahlt werden sollen, beweist auch, daß Sie trotz Ihres sozialistischen Reichtums sich noch auf Kosten der Armen und Krüppel bereichern wollen. In Aussicht steht jetzt, daß die Krankenversicherung endlich auch auf die Landarbeiter ausgedehnt werde. Dies wird von heilsamer Wirkung sein auf die gesamte Lage der Landarbeiter. Über das sehen wir, daß mehrere Landwirtschaftskammern erklären, das sei nicht notwendig. Insbesondere hat die Landwirtschaftskammer von Ostpreußen sich dafür ausgesprochen, daß eine allgemeine Ausdehnung der Krankenversicherungsgesetzes nicht erforderlich sei. In ihrer diesbezüglichen Eingabe heißt es: Sollte die Krankenversicherung eingeführt werden, so dürfte nicht übersehen werden, daß es ersten finanziellen Bedenken unterliegt, wenn der Staat sich nicht zur Gewährung der Leistung entschließt. Denn die Versicherung würde in solchen Fällen für Arbeitgeber und Versicherte eine Belastung mit sich bringen, die ihre wirtschaftliche Existenz aufs schwerste bedrohen würde. Diese Behauptung läßt sich wirklich nicht aufrecht erhalten. Sie wollen selbst die geringen Kosten für die Krankenversicherung nicht bezahlen, weil das den Arbeitern zugute käme. Erwähnen will ich hier noch eine Aeußerung des Abg. v. Odenburg, die er in einer Sitzung der preussischen Landwirtschaftskammer getan hat. Er erklärte, im preussischen Staatswesen gäbe es eine geordnete und eine ungeordnete Vertretung der Landwirtschaft. In den Augen der Regierung seien der Landwirtschaftskammer, das Landesökonomienrat und die Landwirtschaftskammer geordnete, und der

Bund der Landwirte eine ungeordnete Vertretung. Er verfährt nach dem Rezept, immerzu schreien. Dann hat er auch immer alles bekommen, was er haben wollte. Die Agrarier haben ja früher schon gesagt, wenn wir keine Staatshilfe bekommen, gehen wir zu den Sozialdemokraten. Wir haben ihnen damals schon erwidert, für solche Genossen danken wir. (Leb. Zustimmung b. d. Soz.) Die zu uns gekommen sind, sind ja auch bald wieder fortgegangen, weil sie gesehen haben, daß der Kampf um die Gleichberechtigung ein idealer Kampf war, und weil ihr Streben auf Ideale nicht gerichtet ist, da sie nur Gewinne machen wollten auf Kosten der Bevölkerung. Deshalb sind auch die Agrarier, die zu uns gekommen sind, bald wieder zu den Fahren des Junkertums zurückgekehrt. — Angesichts der glänzenden Lage der Landwirtschaft muß man sich die Frage vorlegen, ob die Staatszuschüsse für die Landwirtschaft nicht reduziert werden müssen. Man könnte sie vielleicht sogar ganz abschaffen. Ich erkenne gern an, daß die Landwirtschaft sich auch durch Selbsthilfe weiter geholfen hat, besonders durch das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen. Es macht da aber einen sonderbaren Einbruch, daß die Landwirtschaft sich selbst zu Genossenschaften zusammenschließt, aber ihren Arbeitern den Beitritt zu den Konsumgenossenschaften verbietet. Der Abg. Kretz meint, man könnte das Einkommen der Landwirte sehr leicht feststellen. Das scheint aber doch nicht der Fall zu sein, sonst würden doch wohl nicht so viele Prozesse wegen Steuerhinterziehung gegen Großgrundbesitzer vorgekommen sein. In meinem Wahlkreise sind drei Großgrundbesitzer, die überhaupt keine Einkommensteuer zahlen. Das ganze Betreiben der Agrarier geht nur dahin, die Preise der Produkte zu heben, um sie vertreiben zu können, nicht nur die Hilfe des Staates, sondern auch die der Provinzen herauszusuchen. So sollte in Hannover eine Bierbewertungsgenossenschaft gegründet werden, wenn 750 Anteilseine gezeichnet würden. Es würden aber nur 500 gezeichnet, und da ging man an die Provinzialverwaltung heran, die übrigen Anteilseine zu übernehmen. Es wurde denn auch ein Kapital von 50 000 Mark hergegeben. Für welche anderen Volksschichten sollte wohl so etwas? (Lachen rechts.) Die Gewerkschaften! Sie sollten doch auch so viel Verständnis haben, daß man einen solchen Einwand nicht machen kann, und daß die Gewerkschaften eine gebietende Notwendigkeit waren gegenüber der Vertierung der Lebensmittel der Agrarpolitik. Durch die Tätigkeit der Landwirtschaftskammern und der landwirtschaftlichen Vereine werden jetzt durch landwirtschaftliche Produkte, die früher nur ganz nebenbei gehalten wurden, kolossale Einnahmen erzielt. Namentlich hat die Milchwirtschaft große Summen gebracht, die sogar höher sind als die Einnahmen aus der gesamten Vrogetreideernte.

Jhr ganzes Gethöse über die Höhe der sozialen Lasten stimmt sonderbar mit den Tatsachen überein. Sie wollten ja, daß die großen Kapitalien der Arbeiterversicherung für Ihre Zwecke dienstbar gemacht werden. Sie wollten, daß die Kassen der Unfallversicherungsanstalten verkleinert werden. Sie sind wiederholt eingetreten für eine Verringerung der Unfallrenten. Das ist keine soziale Fürsorge. Außerdem will ich darauf hinweisen, daß der Landrat von Fischhausen eine Bekanntmachung im Reichsanzeiger erlassen hat, worin er erklärt, daß beim Umstich der Invalidenversicherungskarten verschiedene Unregelmäßigkeiten seitens der Amts- und Gutsordner vorgekommen sind. Er weist darauf hin, daß eine ganze Reihe von Karten nicht eingegangen. In allen Fällen handelte es sich um Angehörte der eigenen Beamten der Guts- und Amtsdiensther, so daß die Vermutung naheliegt, daß man nicht aus Nachlässigkeit, sondern um Geld zu ergattern so gehandelt hat. Es wurde da ungewiss, ob eine Urkundenfälschung, ein Betrug im Sinne des Strafgesetzes begangen. Die Forderung, daß Unfallrenten bis zu 25 Prozent nicht gezahlt werden sollen, beweist auch, daß Sie trotz Ihres sozialistischen Reichtums sich noch auf Kosten der Armen und Krüppel bereichern wollen. In Aussicht steht jetzt, daß die Krankenversicherung endlich auch auf die Landarbeiter ausgedehnt werde. Dies wird von heilsamer Wirkung sein auf die gesamte Lage der Landarbeiter. Über das sehen wir, daß mehrere Landwirtschaftskammern erklären, das sei nicht notwendig. Insbesondere hat die Landwirtschaftskammer von Ostpreußen sich dafür ausgesprochen, daß eine allgemeine Ausdehnung der Krankenversicherungsgesetzes nicht erforderlich sei. In ihrer diesbezüglichen Eingabe heißt es: Sollte die Krankenversicherung eingeführt werden, so dürfte nicht übersehen werden, daß es ersten finanziellen Bedenken unterliegt, wenn der Staat sich nicht zur Gewährung der Leistung entschließt. Denn die Versicherung würde in solchen Fällen für Arbeitgeber und Versicherte eine Belastung mit sich bringen, die ihre wirtschaftliche Existenz aufs schwerste bedrohen würde. Diese Behauptung läßt sich wirklich nicht aufrecht erhalten. Sie wollen selbst die geringen Kosten für die Krankenversicherung nicht bezahlen, weil das den Arbeitern zugute käme. Erwähnen will ich hier noch eine Aeußerung des Abg. v. Odenburg, die er in einer Sitzung der preussischen Landwirtschaftskammer getan hat. Er erklärte, im preussischen Staatswesen gäbe es eine geordnete und eine ungeordnete Vertretung der Landwirtschaft. In den Augen der Regierung seien der Landwirtschaftskammer, das Landesökonomienrat und die Landwirtschaftskammer geordnete, und der

Bund der Landwirte eine ungeordnete Vertretung. Er verfährt nach dem Rezept, immerzu schreien. Dann hat er auch immer alles bekommen, was er haben wollte. Die Agrarier haben ja früher schon gesagt, wenn wir keine Staatshilfe bekommen, gehen wir zu den Sozialdemokraten. Wir haben ihnen damals schon erwidert, für solche Genossen danken wir. (Leb. Zustimmung b. d. Soz.) Die zu uns gekommen sind, sind ja auch bald wieder fortgegangen, weil sie gesehen haben, daß der Kampf um die Gleichberechtigung ein idealer Kampf war, und weil ihr Streben auf Ideale nicht gerichtet ist, da sie nur Gewinne machen wollten auf Kosten der Bevölkerung. Deshalb sind auch die Agrarier, die zu uns gekommen sind, bald wieder zu den Fahren des Junkertums zurückgekehrt. — Angesichts der glänzenden Lage der Landwirtschaft muß man sich die Frage vorlegen, ob die Staatszuschüsse für die Landwirtschaft nicht reduziert werden müssen. Man könnte sie vielleicht sogar ganz abschaffen. Ich erkenne gern an, daß die Landwirtschaft sich auch durch Selbsthilfe weiter geholfen hat, besonders durch das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen. Es macht da aber einen sonderbaren Einbruch, daß die Landwirtschaft sich selbst zu Genossenschaften zusammenschließt, aber ihren Arbeitern den Beitritt zu den Konsumgenossenschaften verbietet. Der Abg. Kretz meint, man könnte das Einkommen der Landwirte sehr leicht feststellen. Das scheint aber doch nicht der Fall zu sein, sonst würden doch wohl nicht so viele Prozesse wegen Steuerhinterziehung gegen Großgrundbesitzer vorgekommen sein. In meinem Wahlkreise sind drei Großgrundbesitzer, die überhaupt keine Einkommensteuer zahlen. Das ganze Betreiben der Agrarier geht nur dahin, die Preise der Produkte zu heben, um sie vertreiben zu können, nicht nur die Hilfe des Staates, sondern auch die der Provinzen herauszusuchen. So sollte in Hannover eine Bierbewertungsgenossenschaft gegründet werden, wenn 750 Anteilseine gezeichnet würden. Es würden aber nur 500 gezeichnet, und da ging man an die Provinzialverwaltung heran, die übrigen Anteilseine zu übernehmen. Es wurde denn auch ein Kapital von 50 000 Mark hergegeben. Für welche anderen Volksschichten sollte wohl so etwas? (Lachen rechts.) Die Gewerkschaften! Sie sollten doch auch so viel Verständnis haben, daß man einen solchen Einwand nicht machen kann, und daß die Gewerkschaften eine gebietende Notwendigkeit waren gegenüber der Vertierung der Lebensmittel der Agrarpolitik. Durch die Tätigkeit der Landwirtschaftskammern und der landwirtschaftlichen Vereine werden jetzt durch landwirtschaftliche Produkte, die früher nur ganz nebenbei gehalten wurden, kolossale Einnahmen erzielt. Namentlich hat die Milchwirtschaft große Summen gebracht, die sogar höher sind als die Einnahmen aus der gesamten Vrogetreideernte.

Jhr ganzes Gethöse über die Höhe der sozialen Lasten stimmt sonderbar mit den Tatsachen überein. Sie wollten ja, daß die großen Kapitalien der Arbeiterversicherung für Ihre Zwecke dienstbar gemacht werden. Sie wollten, daß die Kassen der Unfallversicherungsanstalten verkleinert werden. Sie sind wiederholt eingetreten für eine Verringerung der Unfallrenten. Das ist keine soziale Fürsorge. Außerdem will ich darauf hinweisen, daß der Landrat von Fischhausen eine Bekanntmachung im Reichsanzeiger erlassen hat, worin er erklärt, daß beim Umstich der Invalidenversicherungskarten verschiedene Unregelmäßigkeiten seitens der Amts- und Gutsordner vorgekommen sind. Er weist darauf hin, daß eine ganze Reihe von Karten nicht eingegangen. In allen Fällen handelte es sich um Angehörte der eigenen Beamten der Guts- und Amtsdiensther, so daß die Vermutung naheliegt, daß man nicht aus Nachlässigkeit, sondern um Geld zu ergattern so gehandelt hat. Es wurde da ungewiss, ob eine Urkundenfälschung, ein Betrug im Sinne des Strafgesetzes begangen. Die Forderung, daß Unfallrenten bis zu 25 Prozent nicht gezahlt werden sollen, beweist auch, daß Sie trotz Ihres sozialistischen Reichtums sich noch auf Kosten der Armen und Krüppel bereichern wollen. In Aussicht steht jetzt, daß die Krankenversicherung endlich auch auf die Landarbeiter ausgedehnt werde. Dies wird von heilsamer Wirkung sein auf die gesamte Lage der Landarbeiter. Über das sehen wir, daß mehrere Landwirtschaftskammern erklären, das sei nicht notwendig. Insbesondere hat die Landwirtschaftskammer von Ostpreußen sich dafür ausgesprochen, daß eine allgemeine Ausdehnung der Krankenversicherungsgesetzes nicht erforderlich sei. In ihrer diesbezüglichen Eingabe heißt es: Sollte die Krankenversicherung eingeführt werden, so dürfte nicht übersehen werden, daß es ersten finanziellen Bedenken unterliegt, wenn der Staat sich nicht zur Gewährung der Leistung entschließt. Denn die Versicherung würde in solchen Fällen für Arbeitgeber und Versicherte eine Belastung mit sich bringen, die ihre wirtschaftliche Existenz aufs schwerste bedrohen würde. Diese Behauptung läßt sich wirklich nicht aufrecht erhalten. Sie wollen selbst die geringen Kosten für die Krankenversicherung nicht bezahlen, weil das den Arbeitern zugute käme. Erwähnen will ich hier noch eine Aeußerung des Abg. v. Odenburg, die er in einer Sitzung der preussischen Landwirtschaftskammer getan hat. Er erklärte, im preussischen Staatswesen gäbe es eine geordnete und eine ungeordnete Vertretung der Landwirtschaft. In den Augen der Regierung seien der Landwirtschaftskammer, das Landesökonomienrat und die Landwirtschaftskammer geordnete, und der

Bund der Landwirte eine ungeordnete Vertretung. Er verfährt nach dem Rezept, immerzu schreien. Dann hat er auch immer alles bekommen, was er haben wollte. Die Agrarier haben ja früher schon gesagt, wenn wir keine Staatshilfe bekommen, gehen wir zu den Sozialdemokraten. Wir haben ihnen damals schon erwidert, für solche Genossen danken wir. (Leb. Zustimmung b. d. Soz.) Die zu uns gekommen sind, sind ja auch bald wieder fortgegangen, weil sie gesehen haben, daß der Kampf um die Gleichberechtigung ein idealer Kampf war, und weil ihr Streben auf Ideale nicht gerichtet ist, da sie nur Gewinne machen wollten auf Kosten der Bevölkerung. Deshalb sind auch die Agrarier, die zu uns gekommen sind, bald wieder zu den Fahren des Junkertums zurückgekehrt. — Angesichts der glänzenden Lage der Landwirtschaft muß man sich die Frage vorlegen, ob die Staatszuschüsse für die Landwirtschaft nicht reduziert werden müssen. Man könnte sie vielleicht sogar ganz abschaffen. Ich erkenne gern an, daß die Landwirtschaft sich auch durch Selbsthilfe weiter geholfen hat, besonders durch das landwirtschaftliche Genossenschaftswesen. Es macht da aber einen sonderbaren Einbruch, daß die Landwirtschaft sich selbst zu Genossenschaften zusammenschließt, aber ihren Arbeitern den Beitritt zu den Konsumgenossenschaften verbietet. Der Abg. Kretz meint, man könnte das Einkommen der Landwirte sehr leicht feststellen. Das scheint aber doch nicht der Fall zu sein, sonst würden doch wohl nicht so viele Prozesse wegen Steuerhinterziehung gegen Großgrundbesitzer vorgekommen sein. In meinem Wahlkreise sind drei Großgrundbesitzer, die überhaupt keine Einkommensteuer zahlen. Das ganze Betreiben der Agrarier geht nur dahin, die Preise der Produkte zu heben, um sie vertreiben zu können, nicht nur die Hilfe des Staates, sondern auch die der Provinzen herauszusuchen. So sollte in Hannover eine Bierbewertungsgenossenschaft gegründet werden, wenn 750 Anteilseine gezeichnet würden. Es würden aber nur 500 gezeichnet, und da ging man an die Provinzialverwaltung heran, die übrigen Anteilseine zu übernehmen. Es wurde denn auch ein Kapital von 50 000 Mark hergegeben. Für welche anderen Volksschichten sollte wohl so etwas? (Lachen rechts.) Die Gewerkschaften! Sie sollten doch auch so viel Verständnis haben, daß man einen solchen Einwand nicht machen kann, und daß die Gewerkschaften eine gebietende Notwendigkeit waren gegenüber der Vertierung der Lebensmittel der Agrarpolitik. Durch die Tätigkeit der Landwirtschaftskammern und der landwirtschaftlichen Vereine werden jetzt durch landwirtschaftliche Produkte, die früher nur ganz nebenbei gehalten wurden, kolossale Einnahmen erzielt. Namentlich hat die Milchwirtschaft große Summen gebracht, die sogar höher sind als die Einnahmen aus der gesamten Vrogetreideernte.

Jhr ganzes Gethöse über die Höhe der sozialen Lasten stimmt sonderbar mit den Tatsachen überein. Sie wollten ja, daß die großen Kapitalien der Arbeiterversicherung für Ihre Zwecke dienstbar gemacht werden. Sie wollten, daß die Kassen der Unfallversicherungsanstalten verkleinert werden. Sie sind wiederholt eingetreten für eine Verringerung der Unfallrenten. Das ist keine soziale Fürsorge. Außerdem will ich darauf hinweisen, daß der Landrat von Fischhausen eine Bekanntmachung im Reichsanzeiger erlassen hat, worin er erklärt, daß beim Umstich der Invalidenversicherungskarten verschiedene Unregelmäßigkeiten seitens der Amts- und Gutsordner vorgekommen sind. Er weist darauf hin, daß eine ganze Reihe von Karten nicht eingegangen. In allen Fällen handelte es sich um Angehörte der eigenen Beamten der Guts- und Amtsdiensther, so daß die Vermutung naheliegt, daß man nicht aus Nachlässigkeit, sondern um Geld zu ergattern so gehandelt hat. Es wurde da ungewiss, ob eine Urkundenfälschung, ein Betrug im Sinne des Strafgesetzes begangen. Die Forderung, daß Unfallrenten bis zu 25 Prozent nicht gezahlt werden sollen, beweist auch, daß Sie trotz Ihres sozialistischen Reichtums sich noch auf Kosten der Armen und Krüppel bereichern wollen. In Aussicht steht jetzt, daß die Krankenversicherung endlich auch auf die Landarbeiter ausgedehnt werde. Dies wird von heilsamer Wirkung sein auf die gesamte Lage der Landarbeiter. Über das sehen wir, daß mehrere Landwirtschaftskammern erklären, das sei nicht notwendig. Insbesondere hat die Landwirtschaftskammer von Ostpreußen sich dafür ausgesprochen, daß eine allgemeine Ausdehnung der Krankenversicherungsgesetzes nicht erforderlich sei. In ihrer diesbezüglichen Eingabe heißt es: Sollte die Krankenversicherung eingeführt werden, so dürfte nicht übersehen werden, daß es ersten finanziellen Bedenken unterliegt, wenn der Staat sich nicht zur Gewährung der Leistung entschließt. Denn die Versicherung würde in solchen Fällen für Arbeitgeber und Versicherte eine Belastung mit sich bringen, die ihre wirtschaftliche Existenz aufs schwerste bedrohen würde. Diese Behauptung läßt sich wirklich nicht aufrecht erhalten. Sie wollen selbst die geringen Kosten für die Krankenversicherung nicht bezahlen, weil das den Arbeitern zugute käme. Erwähnen will ich hier noch eine Aeußerung des Abg. v. Odenburg, die er in einer Sitzung der preussischen Landwirtschaftskammer getan hat. Er erklärte, im preussischen Staatswesen gäbe es eine geordnete und eine ungeordnete Vertretung der Landwirtschaft. In den Augen der Regierung seien der Landwirtschaftskammer, das Landesökonomienrat und die Landwirtschaftskammer geordnete, und der

nicht sei hier praktisch nie